

7 3072

Die „Volkswehr“ erscheint wöchentlich 6 Mal und ist durch die Expedition, Neua Graupenstr. 8/9, und durch Buchhändler zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 2.50, pro Woche 20 Pf. Durch die Post bezogen M. 3.50, Post ins Haus M. 2.98, wo keine Post am Orte, M. 3.54.

Volkswehr

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Richard Bahr, Neua Graupenstr. 8/9, Breslau. Druck: Neua Graupenstr. 8/9, Breslau. Preis: vierteljährlich M. 2.50, pro Woche 20 Pf. Durch die Post bezogen M. 3.50, Post ins Haus M. 2.98, wo keine Post am Orte, M. 3.54.

Telephon Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Expedition 1206.

Nr. 72.

Breslau, Donnerstag, den 26. März 1914.

25. Jahrgang.

Gesetz und Gewalt.

Der Ulsterstreit und seine Lehren.

Die Vorgänge, die zurzeit England aufs tiefste erregen, sind für die ganze Welt von Bedeutung, denn sie berühren ein Problem, das überall leidenschaftlich erörtert wird. Für uns in Deutschland ist vor wenigen Monaten dieselbe Frage aufgelaucht, als sich das Offizierkorps in Zabern durch seine aktive Betätigung über die Schranken der Gehorsamkeit hinwegsetzte. In England ist es der passive Widerstand eines Teils der Offiziere, der alle altererbten Verfassungsbegriffe der Nation umstürzt und das staatliche Leben dem Chaos entgegenzuführen droht. In Deutschland hat das unnahe Parlament nach einer kurzen leidenschaftlichen Aufregung vor der autokratischen Militärgewalt kapituliert. In England dagegen ist die Parliamentsherrschaft so festgewurzelt, daß dort wirklich als eine Revolution empfunden wird, was in Deutschland doch nur ein Rückfall in einen alten traurigen Zustand war, und darum ist Ulster für England ein entscheidendes Ereignis, während Zabern eine Episode in der deutschen Reichsgeschichte geblieben ist.

Das verfassungsgemäß zustande gekommene Gesetz über die Selbstregierung Irlands droht zu scheitern, weil die irische Provinz Ulster der Selbstregierung leidenschaftlichen Widerstand entgegensetzt. Der Staat, der durch Anwendung der Zwangsgewalt dem Gesetz Achtung verschaffen will, sieht im kritischen Augenblick das Werkzeug der Macht in seinen Händen entgleiten, weil ein Teil der Offiziere sich weigert, gegen Ulster zu Felde zu ziehen. Daß in England alle demokratischen Elemente über das Verhalten der konservativen Offiziere aufs äußerste empört sind, versteht sich von selbst. Denn die irische Selbstregierung ist seit Jahrzehnten eines der wichtigsten Kampfbilder der englischen Demokratie. Eine starke Parlamentsmehrheit, hinter der die Mehrheit des englischen Volkes steht, will die Selbstregierung und hat sie wiederholt beschlossen, eine Minderheit lehnt sich gegen sie auf und trägt mit Gewalt der Autorität des Gesetzes. Diesen Widerstand zu besiegen, erscheint als eine Lebensfrage für die irische Demokratie.

Wir dagegen in Deutschland haben vom Schauplatz der Ereignisse eine genügende Distanz, um das Für und Wider in diesem grundsätzlich so bedeutungsvollen Streit mit ruhiger Objektivität erwägen zu können. Und wir werden menschlich wenigstens das Verhalten der Offiziere begreifen können, die sich weigern, „auf Väter und Brüder zu schießen.“ Ja, wir wünschen, daß die Charaktereigenschaften, die in diesem Verhalten zum Ausdruck kommen, ein Gemeingut nicht bloß aller Engländer, sondern auch aller Deutschen wären, und wir zweifeln nicht daran, daß diese Eigenschaften auch bei den Junkeroffizieren Preußen-Deutschlands zu finden sind. Man stelle sich einmal vor, daß in einem demokratisch regierten Preußen Ostpreußen dieselbe Rolle spielen würde wie Ulster in Irland, gewiß würde ein großer Teil der preussischen Offiziere da lieber den bunten Rock ausziehen und den Degen abknallen, als sich von einer demokratischen Regierung zur Niederwerfung eines Aufstandes ihrer eigenen Standesgenossen gebrauchen zu lassen.

In England ist nun wirklich die merkwürdige Umkehrung aller überlieferten Vorstellungen eingetreten, daß die reformierende Demokratie den militärischen Gehorsam predigen muß, während die konservativen Verteidiger des Bestehenden die Anarchie auf ihre Fahne geschrieben haben. So sehr man das Verhalten der Offiziere auch menschlich begreifen kann, so wird man als Anhänger der Demokratie doch nur wünschen müssen, daß diesem Verhalten jeder sachliche Erfolg verjagt bleibe. Solange nicht jener ideale Zustand des staatlichen Lebens erreicht ist, in dem alles Zusammenwirken der Kräfte auf freiwilliger Einordnung alles Einzelnen in das Ganze beruht, wird jede Ordnung auch zugleich Unterordnung sein, und es wird sich nun fragen, ob sich die Mehrheit der Minderheit unterzuordnen hat oder die Minderheit der Mehrheit, ob die Vielen Wenigen gehorchen sollen oder die Wenigen den Vielen. Eine regierende Mehrheit wird sich nicht vor der peinlichen Situation schützen können, den Widerstand der Minderheit unter Umständen auch mit Gewalt brechen zu müssen, nun wird sie dafür sorgen müssen, daß ihr bei dieser traurigen Arbeit überzeugte Helfer zur Seite stehen, keine willenlose Objekte eines stumpfen Rabavergehorsams.

Daß das System des Rabavergehorsams in England Bankrott gemacht hat, kann uns an sich nur mit Befriedigung erfüllen. Die längst schon unhaltbare Fiktion der „unpolitischen“ Armee ist dort vollends in die Brüche gegangen. So lange die Armee nicht aus Maschinen, sondern aus denkenden Menschen besteht, wird die Lebensart von der unpolitischen Armee eben nur eine Lebensart bleiben. In Preußen-Deutschland ist das Offizierkorps nicht unpolitisch, sondern konservativ, in Frankreich kämpfen liberal-monarchistische und republikanisch-freidenkerische Elemente miteinander, in England hat sich soeben das aristokratische Element im Offizierkorps als das Ausschlaggebende erwiesen. Sind also die Offizierkorps längst politisiert, so ist auch die Politisierung der Mannschaften selbst nur eine Frage der Zeit. Sie wird sich überall, ohne Ein-

wirkung von außen ganz von selbst vollziehen durch die zunehmende Bildung und politische Interessiertheit der breiten Massen.

Durch diese Politisierung des ganzen Volkes mit und ohne Waffen kann das gestörte Gleichgewicht zwischen Gesetz und Gewalt wieder hergestellt werden. Auch die Armee wird politisch denken, aber sie wird nach ihrer Zusammensetzung und Organisation nicht anders denken als das übrige Volk. Sie wird ein zuverlässiges Werkzeug des regierenden Mehrheitswillens sein, nicht weil sie gewohnt ist, zu gehorchen ohne zu fragen, sondern weil ihr die Überzeugung vom Recht der Mehrheit in Fleisch und Blut übergegangen sein wird. Diesem Ideal eines Volksheeres entspricht weder die englische Soldatarmee noch das deutsche Heer der allgemeinen Wehrpflicht und der starren Disziplin.

Das rote Dorf.

Ein für die Sozialdemokratie vorbildlicher Ort ist das Dorf Alexanderhütte im Wahlkreis Kronach-Bichtenfels (Oberfranken). Wie die „Frank. Volkstribüne“ berichtet, sind unter den rund 300 Einwohnern 105 organisierte Parteimitglieder, also ist jeder dritte Bewohner Mitglied der sozialdemokratischen Partei. Mehr Erwachsene, also Organisationsfähige, sind am Orte überhaupt nicht vorhanden. Ebenso ist das Verhältnis hinsichtlich der Parteipresse, die in 70 Exemplaren gelesen wird, genau so viele Familien zählt der Ort, es hat also jede Familie das Parteiblatt.

Daß dieses einseitlich verwahrloste Dorf überhaupt noch existieren kann, wird manchem Parteigenossen ein Rätsel sein. Und doch ist es nur — ein Fingerzeig für die Zukunft.

Wucherer.

In Berlin findet wieder einmal ein Wucherprozeß statt. Das Milieu ist immer das gleiche: auf der Anklagebank eine Serie geschäftstüchtiger Leute, die jedwede Schuld bestritten, da sie die Geschäfte nicht direkt gemacht, sondern Wechsel, Schuldscheine etc. völlig „gutgläubig“ von Mittelspersonen übernommen haben; die Jengen sind die Opfer der Wucherer, Offiziere und „Kavallere“, die sich zum Teil auf einer abwärts geneigten Ebene befinden und — wie der Ertrinkende nach dem Strohalm greift — angesichts der Gefahr wegen völliger Ueberforderung ihre Stellung zu verlieren beim Geldverleiher Hilfe suchen. Es sind immer die gleichen Verhältnisse und die gleichen Praktiken der Wucherer. Selten kommt es vor, daß wirklich einmal eine neue Methode aufgedeckt wird. Und dabei sind diese Wucherer, die wir in großen Prozessen auf der Anklagebank sehen, noch nicht einmal die schlimmsten Parasiten des wirtschaftlichen und sozialen Lebens. Die Kunden dieser Leute waren eben selbst überschuldet und mußten, daß sie bei einem anständigen Geschäftsmann keinen Kredit mehr bekamen. Sie wußten auch, daß die Geldverleiher, deren Hilfe sie in Anspruch nahmen, reine Wucherer waren. Sehr viele jener finanziell ruinierten Kavallere, die mit Wucherern Geschäfte machen, wissen ganz genau, daß sie sich in Notfälle auf den Wucherparagraphe zurückziehen und die Zahlung verweigern können. Deshalb ist vielfach der Bewucherte kaum zu bemitleiden. Viel schlimmere Verheerungen als in den Kreisen der feudalen Lebemänner richtet aber das Treiben der Wucherer in der Geschäftswelt unter Beamten und Privatangestellten an. Es ist schon mehrfach darauf hingewiesen worden, daß viele solche Geldagenten nur darauf ausgehen, Lebensversicherungen abzuschließen und ihre Kunden um Provisionen zu pressen. Derartige Geldverleiher gehen in der Regel so raffiniert vor, daß sie strafrechtlich kaum zu fassen sind, obwohl es sich um ganz unzweifelhaft betrügerische handelt. Für das sollte Versicherungsgewerbe bedeuten diese Leute natürlich ebenfalls eine große Gefahr. Es kommt häufig vor, daß ein Agent, der bisher ganz regulär gearbeitet hat, plötzlich auffallend viele Versicherungsanträge bei seiner Gesellschaft einreicht. Gar bald stellt sich heraus, daß die Mehrzahl der Antragsteller gar nicht in der Lage sind, die Policen einzulösen resp. ihre Prämien regelmäßig zu zahlen. Es handelt sich lediglich um Leute, die eine Versicherung abschließen wollten, um ein größeres Darlehen zu erhalten. Die Vermittler verlangen in der Regel Vorauszahlung der Prämie auf ein Jahr. Der Geldsuchende leiht sich nun bei Bekannten und Verwandten ein paar hundert Mark, in der Hoffnung nach Einlösung der Police ein Darlehen von mehreren tausend Mark zu erhalten. Natürlich wird sein Darlehensgeschäft nachher abgelehnt, er ist sein Geld für die erste Jahresprämie, für Provisionen etc. los und hat eine Police in der Hand, die für ihn wertlos ist, weil er die Prämie ja meist nicht weiterzahlen kann. Statt des erhofften Darlehens hat er also nur Verluste und neue Schulden obendrein. In den letzten Monaten sind in Berlin als renommierte Versicherungsgesellschaften dem Treiben verschiedener berartiger Vermittler auf die Spur gekommen. Die Staatsanwaltschaft hat es jedoch abgesehen, in diesen Fällen einzuschreiten, da die Geldagenten sich gewöhnlich durch entsprechende Unterschriften ihrer Opfer nach allen

Selten hin gebückt hatten. Für die Versicherungen bilden die so gewonnenen Versicherten keinen erfreulichen Zuwachs. Bekanntlich hatten die meisten Gesellschaften im ersten Jahre nicht für Selbstmord. Begehrt aber der unglückliche Kandidat, der auf ein Jahr im voraus seine Prämie gezahlt hat, einen Tag nach Ablauf dieses Jahres Selbstmord, so ist die Versicherung eine große Selbsumme los.

Politische Uebersicht.

Wofür wird „gesammelt“?

Mit dem Schlagwort von der „Sammlung“ beschäftigt sich im „Tag“ Dr. Richard Bahr, ein nationalliberaler Politiker, der sich zuweilen darin gefällt, eigene Wege zu gehen. Er hat zwar nichts dagegen, daß man das Bürgerium sammelt und er setzt ihm als Ziel, dem Kirchenaustritt entgegenzutreten, die nationale Jugendbewegung zu fördern und die „Brüder im Oesterreichischen“ vor der slavischen Gefahr zu retten. Aber vor der Sammlung gegen die Sozialdemokratie hat er eine gewisse Abneigung. Auch ihm ist die Sozialdemokratie überaus unympathisch und er ist überzeugt, daß auch alle Fortschrittler ohne Ausnahme, sobald von ihr irgendwelche handgreifliche Gefahr drohe, bereit sein würden, ihr entschlossen entgegenzutreten. Aber er ist offen genug zu erklären, daß er sich unter der „Sammlung“ nichts Rechtes vorzustellen vermöge.

Wenn bloß ein Mensch die Freundlichkeit hätte, einmal zu verraten, wie dieser Kampf im einzelnen geführt, was überhaupt unter ihm verstanden werden soll. Einstweilen — nicht wahr? — ist es doch nur eine etwas starke Redensart. Und ich behaupte schließlich (aber immerhin auf Grund einiger Erfahrung) nicht einer von den Laufenden, die keinen Artikel schreiben, keine Rede halten können, ohne das Ceterum censeo des Kampfes gegen die Sozialdemokratie, käme über ein verlegenes Stoßwort heraus, so man ihm nachdrücklich auf den Leib rückt und zu ihm spräche: Nun wohl, Verehrtester, wollen Sie uns gefälligst den Waa. Waa. dünken Sie, soll geschehen?

Wir sind genau derselben Meinung wie der Dr. Richard Bahr. Aber wir vergessen nicht, daß die, die das „Sammeln“ anstimmeln, ja auch garnicht die Absicht haben, prägnante Vorschläge zur Bekämpfung der Sozialdemokratie zu machen. Es geht ihnen darum, zunächst ein Solidaritätsbewußtsein der Besitzenden zu erwecken, mit dessen Hilfe die wirtschaftspolitischen und antisozialen Forderungen des Agrarierturns und des industriellen Großkapitals durchgesetzt werden sollen. Das ist das wichtigste. Gelingt es, darüber hinaus eine Stimmung zu erzeugen, auf die gestützt man der Sozialdemokratie direkt zu Leibe gehen kann, so werden die Sammlungspatrioten das mit Freuden begrüßen, aber sie sind auch schon zufrieden, wenn ihr Marmrus ihnen nur den in Mark und Pfennig ausdrückbaren Vorteil sichert.

Der Preis der Verhöhnung.

Wie die Löwen kämpfen die Konservativen um das Mandat ihres Freundes, des Deconomierat Hoensch in Stenbal. Am Donnerstag steht, ihrem Widerspruch zum Trotz, die Wahlprüfung auf der Tagesordnung des Reichstags, und wenn sich dort die Stimmen entsprechend der Abstimmung in der Kommission verteilen, ist Herr Hoensch geliefert. Um das zu verhindern, beschwört am Mittwochabend die „Kreuzzeitung“ die nationalliberale Fraktion, ihre Kommissionsmitglieder zu desavouieren und für die Gültigkeit der Wahl zu stimmen. Sie setzen ihnen auseinander, daß der nationalliberale Kandidat bei einer Nachwahl möglicherweise gar nicht mehr in die Stichwahl komme und daß die Nationalliberalen dann mit aller Energie den Konservativen unterstützen müßten, wenn sie sich nicht den in ihren eigenen Reihen kaum noch ertragbaren Vorwurf zuschieben wollten, daß sie allein es gewesen seien, die den Wahlkreis in die Hände der Sozialdemokratie gespielt hätten. Werbe aber der liberale Kandidat Stichwahlgegner der Konservativen, so müßte er sich den Bedingungen der Sozialdemokraten rückhaltlos fügen, um ihre Unterstützung zu erhalten.

Die Ungültigkeitserklärung der Wahl bedeutet also, wie die Rechtslage dabei liegt, eine scharfe Kampfaussage gegen die Konservativen. Von der dadurch erzwingenden Neuwahl kann aber eine Änderung der Zusammensetzung des Reichstags nur dann erwartet werden, wenn die nationalliberale Partei entschlossen sein sollte, bei dieser Neuwahl der Sozialdemokratie weitgehende Zugeständnisse in der einen oder anderen Form zu machen. Der Ausfall der bevorstehenden Wahlprüfung wird mithin von einer über den betroffenen Wahlkreis weit hinausreichenden politischen Bedeutung sein.

Nun wissen die Nationalliberalen also, was sie zu tun haben, um bei den Konservativen wieder in einen einigermaßen guten Ruf zu gelangen. Sie müssen zugunsten der Dreyer auf der rechten der Hoffnung auf ein neues Mandat entsagen ohne Rücksicht darauf, daß sie dabei ihre eigenen Freunde, die in der Kommission für Ungültigkeit der Wahl des Herrn Hoensch gestimmt haben, preisgeben und bloßstellen würden.

Die Erste Kammer des elsaß-lothringischen Landtags nahm am Mittwoch in namentlicher Abstimmung mit 17 gegen 10 Stimmen bei fünf Stimmenthaltungen (darunter die drei Bischöfe) folgende Resolution an:

„Die Kammer bleibt noch wie vor bei ihrer in den beiden letzten Jahren ausgesprochenen Auffassung, daß die Verabmilderung der Repräsentationskosten des kaiserlichen Statthalter nicht begründet ist und der verfassungsmäßigen Stellung des kaiserlichen Statthalter nicht entspricht.“

Die Zweite Kammer hat die Repräsentationsgelber des Statthalter von 200 000 Mk. auf 100 000 Mk. herabgesetzt. Oberlandesgerichtspräsident Dr. Molitor begründete die Resolution, während Bürgermeister Wilmenshal den Standpunkt der Zweiten Kammer vertrat.

Er führte aus, die Ausstattung der Statthalterchaft mit 100 000 Mk. genüge den höchsten Ansprüchen. Die Elsaß-Lothringer seien demokratisch veranlagt und nehmen sich den Schwere zum Vorbild. Die Ergebnisse der letzten Monate hätten den Beweis erbracht, daß der Reichsanwalt Direktor der elsaß-lothringischen Politik sei. Die Statthalterchaft und die neue Verfassung hätten nichts geändert an dem preussischen Einfluß. Nach wie vor bestehe die Last der Abhängigkeit von Berlin. Der Reichsanwalt habe diese durch seine Darlegungen über die Bundesratsstimmen nur zum Schein beseitigt. Die Regierung sei bisher nicht in der Lage gewesen, zu sagen, was der Statthalter getan habe, um den Reichsanwalt in die gesetzlichen Schranken zu verweisen. Solange das nicht der Fall sei, werde kein Mensch glauben, daß man es in diesem Lande mit einer dem Geiste der Verfassung entsprechenden Politik zu tun habe. Der Statthalter hätte fallen müssen, weil er durch die Haltung des Reichsanwalt ausschließlich auf das Trockene gerichtet worden sei. Damit habe die Institution der Statthalterchaft einen Stoß erlitten, von dem sie sich nicht mehr erholen könne. Die landesherrlichen Befugnisse seien so minder bedeutender Art, daß sie auch untergeordneten Stellen übertragen werden könnten; in allen wichtigen Sachen entscheide der Kaiser und repräsentierte Kaiser.

Der Staatsrechtslehrer Laband wünschte, daß dem Statthalter ein im Etat begründetes Gehalt ausgeworfen werde. Konföderalpräsident Curtius sprach für die Resolution, verlangte aber, daß die Frage der Autonomie mehr denn je auf der Tagesordnung stehen müsse.

Die Zweite Kammer des elsaß-lothringischen Landtags beschloß am Mittwoch die Vertagung der Kammer bis zum 17. November. Der sozialdemokratische Antrag, den Termin des Wiederversammlung auf den 3. November festzusetzen, wurde abgelehnt.

Der Unfall der Zentrumsarbeiter.

In Amberg wurde eine Einigungsversammlung der Zentrums abgehalten, die zur Hälfte von Arbeitervertretern besetzt war. Sie gaben nach dem Bericht des Zentrumsblattes folgende Erklärung ab:

1. Die Arbeiterschaft hält daran fest, daß in Amberg eine Arbeiterkandidatur berechtigt und durchführbar ist. — 2. Im Interesse der Zentrumsarbeit und ihrer Einigkeit zieht die Arbeiterschaft ihre Kandidatur zurück, wenn auch Dr. Winkler zurücktritt und sich bereit erklärt, für diese Wahl in Amberg keine Kandidatur anzunehmen. Dabei leiten die Arbeiter nicht persönliche Motive gegen Dr. Winkler, sondern einzig die Interessen der Partei. — 3. Die Arbeiterschaft ist bereit, für einen neuen, von der Vertrauensmänner-Versammlung aufgestellten Kandidaten einzutreten, auch wenn er kein Arbeiter ist, wie sie von den übrigen Ständen daselbe erwartet, wenn ein Arbeiter aufgestellt wird.

Dr. Winkler legte daraufhin seine Kandidatur nieder. Die Aufstellung des neuen gemeinsamen Kandidaten erfolgt am nächsten Sonntag. Da es so gut wie ausgeschlossen ist, daß der Kompromißkandidat ein Arbeitervertreter wird, so zeigt sich, daß der ganze Protestrummel in Amberg nichts als Theaterdonner war. Bei der ersten Amberger Protestversammlung hat zwar ein christlicher Arbeitersekretär verkündet, daß sich auch der Wurm krümmt, wenn er getreten wird — aber er wird sich eben doch weiter treiben lassen.

Die Liga zur Verteidigung Elsaß-Lothringens

erläßt nunmehr einen vom Vorsitzenden der Liga, dem Präsidenten der zweiten elsaß-lothringischen Kammer Dr. Meilin, unterzeichneten Aufruf zum Eintritt in die Liga, in dem es heißt:

„Ehre, Willkür, Würde gebieten den Elsaß-Lothringern, Eingeborenen wie Einwanderern und den Freunden des Landes den Kampf gegen Entstellungen, Verdächtigungen des Charakters der Elsaß-Lothringer und ihrer Bestrebungen. Unkenntnis der Verhältnisse des Landes, noch weit mehr aber die Absicht, das Streben des Landes nach staatlicher Selbständigkeit im Rahmen des Reiches und nach Gleichstellung mit den deutschen Bundesstaaten durch Verdächtigungen seiner Loyalität zu hintertreiben, haben namentlich in einem Teile der altdeutschen Presse das wahre Gesicht Elsaß-Lothringens entstellt. Elsaß-Lothringern will sein wahres Gesicht nicht verborgen; es hat auch keinen Grund dazu, denn seine Ziele haben das Licht der Sonne nicht zu scheuen. Aber wir wollen auch für nichts anderes gelten als wir sind. Feinde der Freiheit, sind wir auch Feinde jeder Engherzigkeit und unserer Ziele. Man soll uns kennen lernen und unseren aufrichtigen Bestrebungen Achtung entgegenbringen, wie wir es als ein Volk mit einer so reichen Geschichte beanspruchen können. Allzu lange stehen schon die trüben Quellen der Verleumdung und Verdächtigung; durch sie ist das Bild Elsaß-Lothringens gefälscht, durch die Entstellungen einer gewissen Presse das Verständnis für die Forderungen des Landes in den weitesten Kreisen Mitteleuropas erschwert worden. Es gilt, diesen unerträglichen Zuständen ein Ende zu machen. Zu diesem Zwecke hat sich ein aus allen Teilen des Landes zusammengesetzter Ausschuss gebildet, der die Liga zur Verteidigung Elsaß-Lothringens ins Leben gerufen hat. — Die Liga will folgendes: 1. Unbegründete Angriffe und Verdächtigungen, die gegen Elsaß-Lothringern und seine Bewohner erfolgen, gesammelt und zurückweisen und richtig stellen; 2. in erwartlichen Fällen die strafrechtliche Verfolgung derselben in die Wege leiten, die einen Widerruf der von ihnen ausgesprochenen unrichtigen Behauptungen und Verleumdungen verweigern.“

„Post“ und „Deutsche Tageszeitung“ werden also aufpassen müssen!

Die Affäre Abresch in der bayerischen Kammer.

In der Angelegenheit des in Mannheim verhafteten bayerischen Landtagsabgeordneten Abresch gab in der Sitzung der Kammer Zentrumspräsident v. Orterer vor Eintritt in die Tagesordnung eine Erklärung ab.

Er sprach sein Bestreben aus, daß dem Präsidium der Kammer über diese Angelegenheit nichts mitgeteilt worden sei. Er habe deshalb eine Depesche mit bezahlter Rückantwort nach Mannheim geschickt. Darauf sei eine Depesche folgenden Inhalts angekommen:

Abresch hier wegen Betruges verhaftet. Vollgelehrter. Der Präsident meinte, daß dem Hause jede Möglichkeit abgeschnitten sei, in der Sache etwas weiteres zu tun, es sei ja auch nicht einmal bekannt, ob Abresch auf frischer Tat ergriffen worden sei, und ob im übrigen bei der badiischen Justizverwaltung die Anschauung bestehe, daß die durch § 26, Titel 7 der Verfassung den Abgeordneten garantierte Immunität außerhalb des bayerischen Bundesgebietes Geltung nicht habe, wie das die Aufassung der überwiegenden Mehrheit der Juristen sei. Der Präsident fuhr fort: „So bleibt uns nichts übrig, als die Angelegenheit zur Kenntnis zu nehmen. Wenn wir irgend eine Möglichkeit gesehen hätten, in dieser Angelegenheit Schritte zu tun, hätten wir das im Interesse des Ansehens des Hauses getan. Wenn ich meinem Bestreben darüber Ausdruck gab, daß uns keinerlei Mitteilung zugeht, so möge darin keine Unzufriedenheit erblickt werden. Ich bin aber der Meinung, daß eine Mitteilung von jener Seite hätte erwartet werden können.“

Aus München wird gemeldet, ein Vertreter des Abg. Abresch habe eine halbe Million Mark Kaution für Haftentlassung angeboten, doch habe das Landgericht Mannheim dieses Anerbieten abgelehnt.

Die Rechtsanwälte Abreschs haben bei der Staatsanwaltschaft Mannheim, gestützt auf das Gutachten des Staatsrechtslehrers Prof. Stengel eine Beschwerde gegen die Verhaftung des Abgeordneten Abresch eingelegt. Die Beschwerde befaßt sich insbesondere damit, daß der pfälzische Abgeordnete, der zu einer Sitzung nach München fahren will, heiliges, preussisches oder badiisches Gebiet betreten muß. Abresch will, wie er durch seinen Vertreter bekannt gibt, den Rechtsanwalt v. Harder bei der Anwaltskammer zur Anzeige bringen. Außerdem gedenkt Abresch gegen alle Zeitungen, die beleidigende Nachrichten über ihn verbreiteten, Klage zu erheben.

Wie die „München-Augsburger-Abendzeitung“ mitteilt, scheint in der Pfalz die Ansicht vorzuherrschen, daß der badiische Staatsanwalt Herr Abresch nicht so bald freigegeben dürfte.

Mittwoch morgen wurde Abresch einem mehrkündigen Verhör unterworfen.

Wie die „München Zeitung“ erfahren haben soll, sollen auch angegebene Mitglieder der Münchener Gesellschaft, darunter Reichsräte, durch verfehlte Geschäfte des Herrn Abresch bedeutend zu Schaden gekommen sein, doch seien von den Geschädigten, um kein Aufsehen zu erregen, bis jetzt keine gerichtlichen Schritte unternommen worden. In der Pfalz soll es ebenfalls verschiedene Leute geben, die durch die Abresch'schen Unternehmungen um ihr Geld gekommen sind.

Zur Prüfung der Negerklagen.

Zur Untersuchung der bei den Verhandlungen im Reichstage beim Etat von Kamerun debattierten angeblichen Mißgriffe der Schutzgebietsbehörden bei der Durchführung der Trennung der Eingeborenen-Ansiedlungen von der Europäerstadt Duala, schickte der Staatssekretär Solf eine Kommission ein, die sich Anfang April nach Kamerun begibt. Die Kommission steht unter der Leitung des Unterstaatssekretärs im Reichskolonialamt Conze, außerdem gehört ihr an Regierungsrat Volkmann. Conze besucht auch das Schutzgebiet Logouferdem Laos.

Will man nicht so freundlich sein und eine Anzahl unbekannter und unbeteiligter Teilnehmer, sowie einen Vertreter der Negerk, vielleicht Dr. Galpern mitnehmen?

Die Fortbildung der deutschen Diplomaten.

Die Budgetkommission des Reichstages beriet am Dienstag den Etat des Auswärtigen Amtes. Auf Grund einer Verständigung unter den Parteien blieben die politischen Erörterungen dem Plenum vorbehalten; die Kommission begünstigte sich mit der Erörterung der ihr zuverwiesenen Etatspositionen. Man bewilligte neugeforderte 6975 Mark für einen weiteren vortragenden Rat, der die Rechts- und Schulabteilung entlasten soll, mehrgeforderte 480 500 Mark für Gewandtschafts- und konsularbeamte und neugeforderte 77 000 Mark an Vergütungen und Zuschüssen für Attaches, Legationssekretäre und Dolmetscher, um — entsprechen einem im Vorjahre geäußerten Wunsche des Reichstages — den Zugang zum diplomatischen Dienst den Befähigten ohne Rücksicht auf ihre Vermögenslage zu ermöglichen. Eine vom Abg. Meißner (Natl.) begründete Resolution, die noch nicht zur Abstimmung kam, regte die Errichtung einer Reichs-Auslandsschule zur Ausbildung diplomatischer Beamten und die Schaffung einheitlicher Prüfungsbestimmungen an. — Vom Gewissen Schiedemann wurde Beschwerde darüber geführt, daß zahlreiche, oft gerügte Mängel im diplomatischen Dienste wie im Konsulatswesen noch immer nicht beseitigt worden sind. Der häufige Wechsel in verantwortlichen und maßgebenden Stellen sei der nachhaltigen Förderung deutscher Interessen im Auslande hinderlich. Auch lasse die Fähigkeit der Beamten in der Beurteilung der für Wirtschaftsbeziehungen in Betracht kommenden Faktoren oft sehr viel zu wünschen übrig. — Auch von anderer Seite wurde die Art, wie das Auswärtige Amt den Wunsch des Reichstages zu erfüllen versucht, als ungenügend und unbefriedigend bezeichnet; man lege zu viel Wert auf Gesinnung, gute Auserkennung und Examina; der Fall v. Wedel, mit dem sich der sächsische Landtag beschäftigt hat, kennzeichne den Geist, der das Auswärtige Amt beherrsche.

Die Regierung bemühte sich, ihr Verhalten wie das von ihr vertretene System mit einem großen Aufwand von Worten zu rechtfertigen. Sie wandte sich gegen die Schaffung einer besonderen Auslandsabteilung, da sie die vorhandenen Ausbildungsmöglichkeiten für Diplomaten und Konsulatsbeamte als ausreichend ansieht. Bezüglich der Stellenverteilung im ausländischen Dienst werde das Innenministerium, soweit es sich bemüht habe, angewandt. Besonders der wirtschaftlichen Erschließung Ostasien werde lebhaftes Interesse zuwendend. Die Kommission ließ sich jedoch nicht so leicht davon überzeugen, daß im Konsulats- und Konsulatswesen alles auf beste bestellt sei; ein Antrag Ledebour, für die nächste Sitzung den Reichskanzler hinzuzuziehen, fand widerspruchlos Annahme. Am Donnerstag wird die Beratung fortgesetzt werden.

Ein Landbriefträger als Stadtverordneter.

Bei den Gemeindeverordneterergänzungs- und -Erwahwahlen der dritten Abteilung in Cydikuhnen wurde auf sechs Jahre Landbriefträger August Eigner gewählt.

Hoffentlich geht es Herrn Eigner nicht ähnlich wie seinem Kollegen in Auenfelde an der holländischen Grenze, dessen Wahl zum Stadtverordneten erst im Reichstag zur Sprache gebracht werden mußte, ehe er den geringfügigen Urlaub für die Sitzung erhielt.

Sturmflut.

Roman von Friedrich Spielhagen.

128; (Nachdruck verboten.)

Die Baronin hatte den Wagen verlassen und kam auf die Knieenden zu. Sie ließ Reinholds Arm los und eilte der Lante entgegen. Sie hatte, indem sie dieselbe stürmisch umarmte, bereits alles Nötige mitgeteilt. Als Reinhold jetzt herankam, reichte ihm die Baronin die Hand und sagte mit bewegt Stimme: „Sie bringen mir das liebe Kind und — sich selbst: Sie haben Sie doppelt Dank!“

Reinhold küßte die ätternende Hand. — „Es ist keine Zeit, viele Worte zu machen, gnädige Frau“, sagte er, „und was ich empfinde, weiß Ihr gütiges Herz. Gottes Segen über Sie!“

„Und über dich, mein Reinhold!“ rief sie, ihn umschlingend; „Gottes Segen! und Glück und Heil!“

Er hatte den Wagen in den Wagen geholt; nach einem Rund der geliebten Hand, und das Gefühl setzte sich in Bewegung, während der Diener vorausritt. Man konnte trotz des hügeligen Terrains, da der Weg gut geführt und der Boden fest war, hinreichend schnell, selbst hier noch auf der Höhe, fahren, und Reinhold hatte zu möglicher Eile angetrieben. So waren nur wenige Minuten vergangen, als der Wagen ihm hinter den Hügel verschwand; bis derselbe, um in der Ebene angelangt, wieder sichtbar werden würde, mochte noch eine halbe Stunde vergehen. Er hatte nicht Zeit, darauf zu warten; er durfte jetzt keine Minute mehr verlieren. Unten in Bischofsdörfer auch auf dem Meer ein Licht auf — das Signal nach einem Posten. Man würde es pünktlich befolgen — er wußte es; aber es konnte jeden Moment eine neue Disposition nötig werden, die seine Gegenwart erforderte; und er brauchte keine schlechten Lauf eine Viertelstunde, um hinabzukommen.

Er sprang in mächtigen Schritten hinab, als hätte vor ihm auf einer Höhe des Terrains, welche nach rechts, tief einschneidend, in der Umgebung des Vorgebirges lief, ein Fels aufsprang und auf dem Fels halten blieb. Es war so plötzlich geschehen, daß Reinhold fast gegen das Pferd gerannt wäre.

„Sie haben es sehr sehr eilig, sagen es“, sagte der Graf. „Ich habe es sehr eilig“, erwiderte Reinhold, „atlas das von keinem roten Lauf, und wollte an dem Kopf des Pferdes vorbeigehen: der Graf warf es herum, so daß er leckt die Front gegen Reinhold hatte.“

„Geben Sie Raum!“ rief Reinhold. „Ich bin auf meinem Gebiet“, erwiderte der Graf.

„Der Weg ist frei.“ „Und Sie sind für Freiheiten aller Art.“ „Noch einmal: Geben Sie Raum!“ „Wenn es mir beliebt.“

Reinhold griff dem Pferde in die Zügel, das von einem scharfen Sporenstiche in beide Flanken hoch aufbaumte; Reinhold prallte zurück.

Im nächsten Moment hatte er das lange Einschlagemesser gezogen, welches er, nach Eronnensweise, stets bei sich führte. „Es sollte mir leid tun um das Tier“, rief er, „aber wenn Sie nicht anders wollen —“

„Ich wollte Ihnen nur guten Abend sagen, Herr Kommandeur“ — ich hatte es vorhin vergessen: guten Abend!“ Der Graf zog mit höhnlichem Gelächter den Hut, warf das Pferd abermals herum und jagte, seitwärts ab, in die Entfernung zurück, aus der er herabgekommen war.

Die Worte will nichts lernen, murrte Reinhold, sein Messer wieder aufschlagend. „Es war ein Wort, das er oft von Onkel Ernst gehört. So, wie er lekt, mochte Onkel Ernst empfunden haben in dem schrecklichen Augenblick, als der Regen auf ihn niederlief — ihres Vaters Regen!“

Großer Gott! ist es denn wahr, daß die Sünden der Väter heimgeführt werden sollen an den Kindern? daß dieser Kampf, forternd von Geschlecht zu Geschlecht, ewig währen soll? wie sehr, die wir schuldig sind, ihn aufzunehmen müssen gegen unsern Willen und unsere Ueberzeugung?

Ein Donner, noch immer aus weiter Ferne, aber doch schon näher, lauter, drohender, als der vorher, raste durch die schwere Luft; und wieder folgte ihm ein Blaskoch — diesmal nicht mehr in den oberen Sphären, sondern schon über die Höhe und an den Hängen des Vorgebirges heraufstehend, und klagend und schreiend in den Schluchten verhallend. Der nächste Sturz beweis mochte das Meer treffen, den Sturm entseßend, der die Flut brachte.

Einem andern Kampf galt es, vor dem Menschentum wie Stürm, Menschentum als eine Verübung erlösen, und nur ein Gefühl freigeschloß blieb: die Liebe! Das spürte Reinhold in seinem tiefsten Herzen, als er lekt, die schwebende belebten Minuten eingeholten, abwärts eilte, sein Leben, wenn es sein mußte, trotz alledem und alledem, für anderer Menschen Leben in die Schanze zu schlagen.

Es war bis nach Hause wenig zwischen den Damen gesprochen worden. Die Lante schien unter einer tiefen Abspannung zu leiden, ihre die ungewohnte, eilige Fahrt auf dem schlechten Wege, welcher sie, wie Reinhold vorausgesetzt, bei der

selbst schnell herabsinkenden Dunkelheit, kaum noch von der Seite abhob; zuletzt die beängstigende Schwüle der dicken, feuchten Moorluft, in der selbst Essen schwer wurde zu atmen. So hatte denn auch sie geschwiegen, wie toll ihr das Herz war, und hatte es mit dankbarem Herzen empfunden, daß die Lante — mochte nun kommen, was wolle — auf ihrer Seite sein würde. Sollte sie doch das Bekenntnis ihrer Liebe zu Reinhold, so überraschend es für sie sein mußte, ohne Besinnen mit einer zärtlichen Umarmung, die bereber war, als alle Worte, erwidert! Sie ließ sich doch jetzt ihre Hand kaum einmal los, um, wenn sie es auf Momente tat, sogleich wieder nach derselben zu fassen, als wollte sie wenigstens so, da sie es bei ihrer Schwäche nicht anders vermochte, sie ihrer Teilnahme, ihrer Liebe versichern.

Sie waren endlich auf dem Schlosse angelangt; die Baronin war ihrer Kammerfrau halb ohnmächtig in die Arme gesunken und hatte sich von dieser mit Elses Hilfe sogleich nach ihren Gemächern führen lassen. — „Ich danke Dir tausend, tausendmal!“ sagte Else, nachdem sie der Lante gute Nacht gewünscht.

Es war ihr um so weniger möglich gewesen, Carla, die noch im Salon sein sollte, aufzusuchen, als Frau von Wallbach, wie sie hörte, sich bereits auf ihr Zimmer zurückgezogen — um zu lesen, wie sie selbst anzugeben pflegte, um zu schlafen, wie Carla stets behauptete. Die geschäftige Kammerlanger ergriff Elsen umarmend, daß der Herr Graf, aber nur auf ein paar Minuten, kurz bevor die Herrschaften gekommen, noch einmal dagewesen sei und dem gnädigen Fürstinnen von Wallbach die Nachricht gebracht habe, daß die Herrschaften bald zurückkommen würden, vermutlich mit dem Herrn Kommandeur. — Das Mädchen lächelte bei den letzten Worten, nicht so auffallend, daß sie es nicht hindernfalls hätte in Abrede stellen können; aber auch gerade hinreichend, dem gnädigen Fürstinnen anzudeuten, daß sie auch noch mehr wisse und durchaus bereit sei, dem gnädigen Fürstinnen auf Verlangen ihren guten Rat und ihren erprobten Weisheit zur Verfügung zu stellen. Der Graf hatte also seine Zeit trefflich benutzt. Möchte er! und mochte er aus welcher Gründe immer: aus Haß gegen Reinhold, aus Eifersucht — daß häßliche Wort war in diesem Falle zu viel; aus häßlicher, verletzter Eitelkeit, oder auch nur, um sich und Carla ein häßliches Vergnügen zu bereiten, wie heute die Bewohnerschaft des Schlosses, so morgen bereits ganz Berlin wissen lassen, was sich ereignet. — Lange sollte er gewiß nicht das Vergnügen haben, ein so kostbares, so amüsanter Geheimnis unter dem Siegel der Verschwiegenheit zu kopfieren. Die Verlobungsangelegenheit würde das Siegel bald genug zerbrechen, und mit der Hürde von nicht länger gesegnet werden. Um neun Uhr kam die Post von Jasmund nach Prosa durch Warnow; es war noch gerade Zeit.

(Fortsetzung folgt.)

Das ist abgibt! Das „Deutsche Volksblatt“ schreibt in einem Artikel über Bebel:

„Ein unerschrockener Kämpfer auf diesem Gebiete gegen hasser Verächtigung war befanntlich der verorbene Bebel.“

Lügenhaft nennt man: die Wahrheit bewußt entstellen. Der Bebel als Mensch kannte, weiß, daß er einer bewußten Verleumdung der Wahrheit nicht fähig gewesen wäre, das haben auch alle anständigen Segner zugegeben. Nur dem „Deutschen Volksblatt“ bleibt es vorbehalten, den Bebel seiner Gesinnung an dem Verstorbenen in dieser Weise zu betätigen.

Der deutsche Marschall mit vorgehaltenem Revolver. Der Name des Marschalls Uman von Sanders ist, wie der „Post“ aus Konstantinopel gemeldet wird, wieder in aller Munde wegen der Vorgänge, die im Zusammenhang mit dem Raubankfall auf die Töchter des Generals stehen. Der Partier „Matin“ hatte darüber einen verlogenen und ehrverletzenden Bericht veröffentlicht. General Uman, der darauf aufmerksam gemacht wurde, begab sich mit zwei seiner Offiziere ins Bureau der „Agence Ottomane“, des mit französischem Gelde betriebenen und von der türkischen Regierung offiziell benützten Depeschbureaus, das das Hauptquartier der französischen Botschaft in Konstantinopel ist. Dort traf Marschall Uman den Berichterstatter des „Matin“. Mit vorgehaltenem Revolver verlangte General Uman Auskunft darüber, woher diese verlogene Nachricht stamme. Der Berichterstatter war in der Lage, durch einen Brief der Redaktion des „Matin“ zu beweisen, daß ein gelegentlicher Berichterstatter diese Niederträchtigkeit verübt habe. Da der Name dieses Mannes nicht bekannt war, zog sich Marschall Uman mit seinen Begleitern wieder zurück.

Bei aller Verehrung für den Führer der deutschen Militärkommission muß offen ausgesprochen werden, daß man gerade in den Kreisen seiner Freunde eine andere Erledigung der Angelegenheit gewünscht hätte. Es wird jedoch allgemein anerkannt, daß Uman von Sanders fast zum Tage seines Eintreffens an sorgfältiger gegenständlicher, böswilliger „Propaganda“ war und in diesem Falle ganz besonders gereizt wurde. Ganz Konstantinopel hätte dem Verbreiter dieser Verleumdung eine lächerliche Dellektion gewünscht. Man vermutet, daß es kein Verurteilter ist, sondern zu jenen Konzeptionsrätern und an Regierungsgeschäften beteiligten Kommissionären gehört, die nicht gerade die edelste Blüte der französischen Kultur darstellen.

Der Fall von Selbstmord wird in Frankreich und in der Türkei wohl noch sein Nachspiel haben.

Eine wichtige Landtagswahl findet am Donnerstag, den 20. März in dem zum Großherzogtum Oldenburg gehörenden Kreis Lüneburg statt. Dort hat der bisherige Landtagsabgeordnete Genosse Rebenfort aus persönlichen Gründen sein Mandat niedergelegt, das er infolge eines Kompromisses mit den Liberalen geholt hatte. Die Wahl ist aus dem Grunde von Bedeutung, weil es von ihrem Ausfall abhängt, ob im Oldenburger Landtag der schwarz-blaue Block wieder aus der Mehrheit überwiegt. Bisher hatte die Linke (12 Sozialdemokraten und 11 Liberale) die Mehrheit in dem 45 Mann starken Parlament. Geht nur das Mandat im Prästentium Lüneburg verloren, dann werden die Schwarzblauen wieder die Mehrheit besitzen. Das Wahlergebnis gestaltete sich bei der Hauptwahl im Jahre 1911 wie folgt: Sozialdemokratie 1901, Liberale 1287 und Bund der Landwirte 1791 Stimmen. In der Nachwahl, in der eine feste Mehrheit entscheidet, wurde auf Grund eines Kompromisses ein Sozialdemokrat mit 2794 Stimmen und ein Liberaler mit 2990 Stimmen gewählt. Die Wähler erhielten 2467 resp. 2409 Stimmen. Für unsere Partei kandidiert jetzt der Zimmerer Karl Fied aus Sodebüsch, für die Liberalen Rentier Weiß-Cutin und für die Wähler der Hauptstädter, Hauptmann von Ledeborn-Gelbeck. Alle Parteien haben eine außerordentlich rege Wahlarbeit betrieben. Da man uns auf dem Lande die Fergabe der Lokale verteuert, haben wir eine Reihe Landarbeiter, die zum 1. April ihre Dienststellen verlassen, bewogen, uns ihre Wohnungen zur Verfügung zu stellen. Unsere Versammlungen hatten allgemein einen sehr guten Besuch aufzuweisen; die Landarbeiter scheuten die Infolge des herrschenden schlechten Wetters fast unpassierbaren Wege nicht und kamen teilweise aus stundenweiter Entfernung in unsere Versammlungen. So ist zu erwarten, daß es gelingen wird, dieses Mandat der Sozialdemokratie zu erhalten und Oldenburg vor einer schwarz-blauen Herrschaft zu bewahren.

Eisenbahnpflichtgesetz. Eine Korrespondenz meldet, der Vorschlag zur Regelung der Pflichten der Eisenbahnen, der bereits seit einigen Monaten dem preussischen Staatsministerium zur Beschlußfassung unterliegt, werde jedenfalls noch vor Ostern an den Bundesrat gelangen. Mit einer Einbringung im Reichstag während der gegenwärtigen Tagung sei aber nicht zu rechnen, weil an eine Durchberatung der Vorlage bei der Fülle des vorliegenden Materials doch nicht zu denken sei.

Ein Finanzminister über die Wirkung des Wehrbeitrages. In der badischen Kammer erklärte Finanzminister Dr. Rheinholdt unter anderem: „Ich warne vor einer optimistischen Auffassung von der Wirkung des Wehrbeitrages. Die in der Presse erscheinenden Mitteilungen über die Resultate sind nicht antizipatorischer Charakter, sondern vielmehr nur Mutmaßungen. Noch kein Bundesstaat ist mit dem Veranlagungsgeschäft fertig. Man kann also über die Ergebnisse noch nichts Bestimmtes sagen.“

Dafür drei Monate Gefängnis. Der nationalistiche Zeichner Walzgen-Danft ist vom Landgericht Kolmar i. G. wegen Beleidigung von Offizieren der Garnison zu drei Monaten Gefängnis und Tragung der gesamten Kosten des Verfahrens verurteilt worden. Walzgen hatte am 16. Januar in einem hiesigen Lokal mit einem Stück Zucker einen Stuhl desinstigiert, auf dem vorher ein Leutnant der hiesigen Garnison gesessen hatte. Die Strafe wurde mit dem Hinweis darauf gemildert, daß sich der Vorfall zu einer Zeit ereignet hat, wo unter der Bevölkerung infolge der Jaberne Ereignisse allgemeine Erregung geherrscht habe. Weiter wurde als Strafmildernd angesehen, daß die Beleidigung in Form eines schlechten Scherzes geschah. Da der Angeklagte bereits zweimal wegen Beleidigung verurteilt ist, ist von einer Geldstrafe abgesehen worden.

Leutnant Forstner hat einen Schuhmacher zusammen und wird freigesprochen, der Zeichner Walzgen-Danft desinstigiert einen Offiziersstuhl und bekommt — 3 Monate.

Eine Kronprinzessinreise auf günstigere Zeiten verlagert. Wolffs Depeschbureau verbreitet die Meldung, die geplante Reise der Kronprinzessin Herzogin in die deutschen afrikanischen Schutzgebiete werde in diesem Frühjahr noch nicht zur Ausführung gelangen, da es sich als unmöglich herausgestellt habe, die Reise in der zur Verfügung stehenden Zeit so vorzubereiten, wie es nach ihrer kolonialpolitischen Bedeutung und ihrem informatorischen Zweck erwünscht ersehe.

Zurzeit herrscht wenig Stimmung im Reichstage, für diese Kronprinzessinreise Zuschüsse zu leisten!

Die Ernennung des Münchener Nuntius zum Kardinal. Wie der Vertreter der „Telegraphen-Union“ von vatikanischer Seite erzählt, wird bei dem im April stattfindenden Geheimen Konsistorium der apostolische Nuntius Dr. Frühwirth den Kardinalhut erhalten.

Konservative Wünsche zur Krankenversicherung. Die konservative Fraktion des Reichstages hat den Antrag eingebracht, den Reichsanwalt zu ersuchen, dafür Sorge zu tragen, daß die Versicherungsbehörden und Kassenvorstände dem Gesetz entsprechend nur solche Familienangehörige des Arbeitgebers als versicherungspflichtig zur Krankenversicherung heranzuziehen, die zu dem Arbeitgeber in einem festen Arbeitsverhältnis stehen; ferner eine Veränderung des Gesetzes in Erwägung zu ziehen, durch welche die Befreiung der im festen Arbeitsverhältnis stehenden Familienangehörigen des Arbeitgebers von der Krankenversicherungspflicht lediglich von dem übereinstimmenden Antrag der Beteiligten abhängig gemacht wird.

Rußland.

Die Armee tritt auf.

Aus London wird uns geschrieben: Wenn die kaiserliche Panik der letzten Tage, in der die Arbeiterklasse allein läßlich Kopf bewachte, längst der Vergangenheit angehört ist, wird noch eine Last der Erinnerung bleiben und fortwirken: zum erstenmal seit Jahrhunderten ist die Armee als politische Faktor in den englischen Parteikämpfen aufgetreten. Was auch die wahren Tatsachen hinter der „schmerzlichen Krise in der Armee“ sein mögen, mit der alle Blätter ihre Spalten füllen, es ist jetzt vollkommen offenkundig, daß die politische Reaktion vor dem Weitel nicht zurückgeschreckt hat, die Armee zur Aufsehung gegen das Parlament aufzuführen. Es kann seinem Zwecke unterliegen, daß schon seit Wochen oder Monaten geheime Unterhandlungen zwischen konservativen Parteiführern und hohen Offizieren stattgefunden haben, mit dem Zweck, in entscheidenden Augenblick die Regierung und mit ihr das Parlament durch die Drohung einer Militärrevolte einzuschüchtern. Die „Krise“ scheint zufällig etwas verfrüht ausgebrochen zu sein. Denn mit dem „Bürgerkrieg“ hat es ja noch eine gute Weile. Wer sollte jetzt auch „Krieg“ führen, und gegen wen? Die Homeruse ist noch nicht einmal Gelehrer, ein dubioser Parlament existiert noch nicht und nichts steht noch den alten Gang der Dinge in Wärfen. Das „freiwillige“ Heerbesetzen des Sir Edward Carson kann nichts anderes tun, als Parade spielen oder aber der Bevölkerung von Wärfen die Röhre einschlagen. Die Regierung, die diesen Unfug seit Monaten gebuldet hat und noch ferner zu bulden gedenkt, will nur die elementarsten Vorkehrungsmaßnahmen für den Fall treffen, daß es zwischen der von den Desperadopolitern aufgesetzten Bevölkerung zu Zusammenstößen kommt. Und schon verweigern die Offiziere einer Kavalleriebrigade, die nach Wärfen beordert worden sind, den Gehorsam. Die konservative Presse ist voller Jubel, lobt den Mut und den Patriotismus der Offiziere in den Himmel und beruhigt sie darüber, daß sie, falls sie dafür die Armee verlassen müssen, nach dem Regierungsantritt der Konservativen wieder mit Ehren aufgenommen werden würden.

Wir werden bald hören, was die Regierung auf dieses Treiben zu antworten hat. Sicher ist, daß sie die meuternden Offiziere nicht so behandeln wird, wie sie es verdient. Man rehet davon, daß die Offiziere ihre „Resignation“ eingereicht hätten. Als wenn damit die Affäre erledigt wäre. Man stelle sich einmal vor, daß eine Truppe von Soldaten, die man gegen Streikende schickt, ihre „Resignation“ einreichen. Tom Mann und andere würden ins Gefängnis geworfen, weil sie die Soldaten aufforderten, nicht auf Streikende zu schießen. Mit aristokratischen Offizieren aber, die geradeheraus den Gehorsam verweigern, wird höflich paradiert, und den konservativen Journalisten und Politikern, die sie dazu aufreizen, wird kein Haar gekrümmt.

Inzwischen, wenn jemand Grund hat, diese Verübung der Dinge mit Verachtung zu begrüßen, so ist es die Arbeiterpartei und die Sozialdemokratie. Diese paar Tage haben die englischen Volksmassen gründlicher über die wahren politischen Verhältnisse und Probleme aufgeklärt, als es eine jahrelange Propaganda vermochte. Sie haben gesehen, daß die bevorrechteten Klassen ohne Bedenken Geleis und Ordnung, Verfassung und Königstempel über den Haufen werfen, daß sie vor den verzweifeltsten Mitteln nicht zurückschrecken, wenn sie ihre Privilegien bedroht glauben. Sie haben mit aller Klarheit erfaßt, daß die Armee von einer kleinen aristokratischen Kaste beherrscht ist und daß sie das willige Werkzeug der privilegierten Schichten gegen Regierung, Parlament und Volk ist. Die englischen Volksmassen philosophieren nicht gern, sie zerbrechen sich nicht oft die Köpfe über Dinge, die nur als theoretische Möglichkeit bestehen, aber wenn sie etwas einmal begriffen haben, dann vergessen sie es nicht leicht. Wenn die Götter verderben wollten, den schlagen sie erst mit Blindheit. In England hat die Sache der sozialen Revolution keine besseren Freunde als die soziale Reaktion. Diese soziale Reaktion ist die überwiegende Macht des Oberhauses verstanden. Jetzt nun blinzelnd die Armee als letzte Waffe der herrschenden Schichten aufgeführt. Und wie die Ablehnung des Budgets von 1909 mit dem absoluten Veto des Oberhauses bezahlt worden ist, so mag die Revolte der Kavallerieoffiziere von Carragh in nicht ferner Zeit mit der Demokratisierung der Armee bezahlt werden, wenn der Spieß den Herrschenden nicht noch viel teurer zu stehen kommt. Denn die Mittel und Wege der Bonar Law und Carson sind nicht leere, mit denen das englische Volk seit einem Jahrhundert so erfolgreich regiert und niedergehalten worden ist. Größere Genies als die heutigen Desperadopolitiker haben gefunden, daß hier nur mit der klügsten Diplomatie, mit der behutlichsten Kompromisspolitik, aber nie und nimmermehr mit brutaler Gewalt etwas auszurichten ist. Einmal der Schleiter zerfallen, der die brutale Gewaltmittel, die hinter den Herrschaftsverhältnissen lauern, so sorgfältig verdeckt, dann dürfte es nicht mehr so leicht fallen, das Volk in seine Schranken zu verweisen.

Wenn die liberale Regierung sich nicht durch hiesige Einflüsse oder durch die Reaktionsäre in eigenen Lager einschüchtern läßt, dann hat sie den Desperadopolitikern gegenüber ein leichtes Spiel. Die Aufnahme der energiegeladen Rede Lord Georges in Huddersfield zeigt schon, daß die englischen Volksmassen begierig sind, mit der Reaktion abzurechnen, wenn sie nur den Liberalen trauen könnten. Viele Liberale sehen das ein, und deshalb ist die Hoffnung begründet, daß dieser dramatische Eintritt der Armee in die politische Bühne zu einer wichtigen Etappe auf dem Siegeszuge der Demokratie in England führen wird.

Die liberale Daily News schreibt: „Die größte Lehre der Ereignisse ist die überragende Wichtigkeit der Demokratisierung der Armee. Eine demokratische Wählerklasse, ein demokratisches Parlament, eine demokratische Regierung, können alle zur Impotenz verurteilt werden durch eine Armee, die das Instrument einer Klasse ist. Nur weil wir es gebuldet haben, daß sich die Offiziere der Armee fast ausschließlich aus reichen Tories rekrutieren, konnte bei den konservativen Giganten der Gedanke austauschen, die Armee dem Parlament entgegenzustellen. Dieses letzte und gefährlichste Mittel muß der hochverräterischen Reaktion entzogen werden. . . . Die Armee muß in drastischer Weise reorganisiert werden, damit sie das treue demokratische Instrument eines demokratischen Volkes wird.“

Die liberale Regierung wird diese Aufgabe schmerzlich willig auf sich nehmen, aber die Zeit kann sehr bald kommen, wo sie dazu gezwungen wird, will sie nicht entschlosseneren Männern den Platz räumen.

Zur Lösung der Karpfische in Holland. Zum Osterkongress der holländischen Partei hat die vom Parteivorstand ernannte Kommission zur Durchberatung der Landarbeiterfrage eine Resolution ausgearbeitet, in der zunächst festgelegt wird, daß die Landarbeiter bei ihrem Erwerb eines Ackers, um darauf die Früchte für ihren Familienkonsum anzubauen, immer wieder die Opfer des Bodenspeklers der Grundeigentümer werden, und daß die Bodenpreise für diese Parzellen durch die Konkurrenz der Landarbeiter untereinander immer höher werden. In der Resolution werden nun gegen diese Wuchererhebung gesetzliche Maßnahmen verlangt. Unter Zustimmung eines weitgehenden Entgeltungsrechtes soll den Landarbeitern die Möglichkeit geboten werden, unter billigen Bedingungen so viel Ackerland zu pachten, daß sie darauf die für den Familienkonsum nötigen Produkte schaffen können. Die Resolution weist aber das Streben ab, das die Landarbeiter dazu bringen will, sich als kleine Grundeigentümer künstlich an einem bestimmten Ort zu binden, weil hierdurch ihre Bewegungsfreiheit als Lohnarbeiter eingengt, ihre wirtschaftliche Kraft geschwächt und hauptsächlich den Interessen der agrarischen Unternehmer genügt wird.

Die Reichskommision. Die französische Deputiertenkammer hat ohne Erörterung einen von Jaurès eingebrachten Beschlusse an dem angenommen, der bestimmt, daß die Reichskommision Gebrauch machen könne von den verschiedenen Vorschlägen, die geübt und vorzuleben vom Parlament den parlamentarischen Untersuchungskommissionen zugebilligt worden sind.

Der Krieger in England. Deuts Militag fand ein volleschlicher Kabinettsterrat statt. Vorher hatte Seely und Churchill eine Konferenz mit Asquith. Die Aufregung in den politischen Klubs und in parlamentarischen Kreisen ist ungeheuer, eine höchst dramatische Entwicklung im Parlament wird erwartet. Die Gerüchte erhalten sich, daß die Auflösung des Parlamentes unmittelbar bevorsteht. Kriegsminister Seely hat infolge der Unpopulartätigkeiten der Offiziere der türkischen Regimenter sich bewogen gefühlt, seinen Abschied einzureichen. Sein Gesuch wurde aber vom Premierminister Asquith nicht angenommen.

Der russische Spion Kopplöpp, der vom Agrarern Garnisongericht feinerzeit wegen Spionage zum Tode verurteilt worden war, ist dieser Tage nach Arab transportiert worden. Der Oberste Militärgerichtshof hat, nach dem Wiener „Fremdenblatt“, das Urteil in eine 16jährige schwere Kerkerstrafe umgewandelt. Kopplöpp wird diese Strafe in Arab verbüßen. Die Spionage zugunsten Russlands wurde ihm in 28 Fällen nachgewiesen.

Torreon von den Rebellen erobert. Die letzten Depeschen aus Torreon melden, daß die Rebellen im Laufe des gestrigen Vormittags in die Stadt eingedrungen sind und von den bereits eroberten Torreon aus die Befestigungsmauer der inneren Stadt beschießen. In den Straßen entwickelt sich ein verzweifelter Nahkampf, der nachmittags noch hin- und herlote. Alle Anzeichen sprechen indessen dafür, daß der endgültige Sieg den Konstituenten fallen wird, und daß die Regierungstruppen die Stadt werden räumen müssen.

Bandenunwesen in China. Die Banden des Weißen Wolf nahmen und geprügelten Lungchuhai im jiddischen Schenst. Auch Schanang in demselben Bezirk ist von ihnen geplündert worden. Die Räuber töteten 230 Einwohner, verarmdeten weit mehr und machten Hunderte zu Gefangenen. In Lungchuhai befanden sich zwei norwegische Missionare, Christensen und Laifaa, mit ihren Frauen. Ihr Schicksal ist unbekannt.

Parteiangelegenheiten.

Zur Tagesordnung des Parteitag.

Partei-Ausschuß und Partei-Vorstand haben in ihrer Sitzung vom Dienstag beschlossen, auf die Tagesordnung des Parteitages, der befanntlich im September in Würzburg stattfinden wird, folgende Gegenstände zu setzen:

1. Militärstaat und Demokratie (Referent: Genosse Dr. Lersch),
2. Wirtschaftspolitik und Koalitionsrecht (Referent: Genosse Maltenbühr).

Die Note Wache in Belgien. Das Bureau des Nationalrates der belgischen Arbeiterpartei hat nunmehr die Note vom 5. April bis zum 12. April, die Note Wache, als Wache für das allgemeine Wahlrecht ausgeschrieben. Für Sonntag, den 6. April sollen die Föderationen in allen größeren Orten Versammlungen vorbereiten, die sich mit der Petition um das allgemeine Wahlrecht zu befassen haben. Die Wache soll dann zur Sammlung von Unterschriften für die Petition dienen.

Ausgewählter Kongress der Schweizerischen Sozialdemokratie. Der erweiterte Parteivorstand der Schweizerischen Sozialdemokratie beschloß am 15. März, zum 16. und 18. August einen außerordentlichen Kongress einzuberufen, der folgende Punkte behandeln soll: Stellungnahme zur Wortsammlung über das Proportionalwahlrecht und Stellungnahme zum Föderationsentwurf (Anrufung des Referendums oder nicht?), Beschreibung des Wiener Kongresses und Wahl von 18 Delegierten zu demselben; Schaffung eines Parteisekretariats.

In der gleichen Sitzung sprach der erweiterte Parteivorstand der Geschäftsleitung der Partei das Vertrauen für ihre bisherige Haltung im Ausschlußhandel Brubacher aus. Entgegen dem Antrag einer Minderheit, die es beim Entschluß der lokalen Organisationsbewenden lassen wollte, wurde mit 22 gegen 6 Stimmen beschlossen, den Fall Brubacher dem nächsten ordentlichen Parteitag zur Behandlung zu überweisen, wobei jedoch der Parteivorstand den Antrag auf Ausschluß stellen wird. Ausschlaggebend für diese Verzögerung der Streitfrage war eine mündliche und schriftliche Erklärung Brubachers, daß er auf dem Boden des Schweizerischen Parteiprogramms stehe und sich regelmäßig an allen politischen Aktionen beteilige.

Literatur.

Verhandlungsbericht über die Reichskonferenz der Arbeiter- und Bismarcker am 22. und 24. November 1913 in Berlin. 56 Seiten. Berlin 1914. Verlagsgesellschaft des Deutschen Poliarbeiterverbandes G. m. b. H. Preis 80 Pfennige.



Ich lasse mich nicht überreden! Ich will keinen anderen! Ich will nur den echten Ratheiners Malzkaffee in geschlossenen Paketen mit Amsel-Bild.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 26. März.

Donnerstag, den 26. März

Die vom Lokal Feinrichstraße 4 aus eine Haus-Agitation für die „Volkswacht“ unternommen.

Parteilosen und Genossen! Die Polizei hat offenbar die Erfolge der roten Woche besonders in Breslau als nicht ganz zufriedenstellend angesehen. In jedem Falle hat sie durch ihr Eingreifen bei der Verdrängung der Genossen Burgund am vorigen Sonntag die arbeitende Bevölkerung so in Aufregung versetzt, daß es geradezu ein strafbares Vergehen wäre, wollten wir die dadurch geschaffene überaus günstige Lage nicht gehörig ausnützen.

Parteilosen! Es gilt zu ernten, was lobende Empörung uns reifen läßt! Es gilt die einzig mögliche Quittung zu geben für die unsäbigen Vorgänge, die sich im Oberdorf abgespielt haben.

Durch Hunderte von neuen Lesern und Kämpfern können wir am besten beweisen, daß wir geschicktes Unrecht nicht geduldig wie feige Knechte hinnehmen und stillschalten, wenn wir getreten werden.

Deshalb eruchen wir alle tätigen Parteigenossen in Breslau, am kommenden Sonntag eine Stunde aus der Grubearbeit zu nehmen und so, freilich ohne Tanz, zu quillieren für den vergangenen Sonntag!

J. A. Max Uderhold.

Die Herren im Hause.

Die Zeitung der Linke-Hofmann-Werke versucht jetzt das, was ihr bisher an Strategie fehlt, durch allerhand Nützlichkeiten zu ersetzen. So war, wie wir schon voraussetzten, das Inserat in den hiesigen bürgerlichen Zeitungen nur eine Falle für die Ausgesperrten. Obwohl es am Sonntag und Dienstag wiederholt wurde, hatte es bis heute noch keinen Erfolg und wird auch in Zukunft schwerlich je einen haben. Die Arbeit im Solomotivbau erfordert eben eine ganze Männerkraft und ist schon darum vor Frauen nicht zu lassen. Meistens spielt die „Breslauer Morgen-Zeitung“ bei diesen Streikereklamationen eine recht wunderliche Rolle. Als wir das erste Inserat gebührend festnagelten, erklärte die Redaktion wörtlich:

„Wenn es sich (der „Volkswacht“ nämlich) aber in den Strom paßt, dann wirft sie uns Gewinnlust und politische Charakterlosigkeit vor, wenn unsere Expedition ein Inserat aufnimmt, das die Redaktion „aus mehr als einem Grunde zurückgewiesen hätte.“

Am Sonntag und Dienstag prangt nun das selbe Streikereklamation, das die Redaktion „aus mehr als einem Grunde zurückgewiesen hätte“, wieder in der „Breslauer Morgen-Zeitung“. Das ist ein Beweis dafür, daß sich die Expedition des Blattes dem Zweifel um die moralischen Umwandlungen der Redaktion kühnheit. Die kann ihr wegen so viel „Uebersetzung“ haben, als sie will. Aber dann muß sie diese schönen Geschäfte hübsch im Text ablagern. Im Inseratenteil der „Breslauer Morgen-Zeitung“ und des „General-Anzeiger“ hat man für solche Dinge kein Verständnis. Gerd ist da die Seele. Das mag der Redaktion in diesem Falle recht peinlich sein, ist aber leider nicht zu ändern. Sie muß sich schon damit abfinden, daß ein kleines Inserat auf der hintersten Seite des Blattes den begeisterten Lesern lächerlich machen, und leider seinen gewöhnlichen Verfasser tief beschämen kann. Das ist der furchtbare Fluch des Kapitals, des bummelnden Geldes. Auch der ehrlichste und tüchtigste Geistesarbeiter muß sein Elend werden, wenn er nicht verhungern will. Den Arbeitern aber kann nicht oft genug gesagt werden: Zeit Eure Zeitung! Unterstützt keinen Kapitalisten, der Euch im Text seiner Zeitung schöne Worte macht, um Euch im Anzeigenenteil und noch wo anders desto sicherer in den Rücken fallen zu können.

Am Montag versuchte die Firma einen anderen Schachzug, der allerdings ebenso miserabel ausfiel. In einer Besprechung mit der Erkennungskommission der Arbeiter erklärte Herr Geheimrat Martin:

„Ich will Sie darauf aufmerksam machen, daß nicht wir, die Fabrikleitung, an die Ausgesperrten herangetreten sind, um Verhandlungen anzubahnen, sondern der Gewerbegerichts-Vorsitzende ist an uns herangetreten, und wir haben uns bereit erklärt.“

Sehr richtig antwortete ihm der Obmann der Kommission, daß auch die Ausgesperrten keine Verhandlungen gewünscht hätten. Auf die Frage des Geheimrats, welche Wünsche die Arbeiter hätten, antwortete der Obmann des Ausgesperrten mit der Gegenfrage, welche Zugeständnisse denn die Firma machen wolle. Darauf erwiderte der Direktor: „Gar keine! Wenn Sie mit den von uns vorgeschlagenen Löhnen nicht einverstanden sind, so haben wir keine Veranlassung, mit Ihnen zu verhandeln.“

Die Arbeiter gaben auf diesen Bescheid die einzig richtige Antwort. Ohne weiteres verließen sie das Direktionszimmer und ließen die Herren allein. Auch dieser Hauch ist also wirkungslos verpufft. Gerade das Gegenteil von dem, was die Direktion erhoffte, trat ein. Gestern nachmittags strömten die Ausgesperrten zu Tausenden nach dem „Kronprinz“ auf der Westendstraße und zu Gentschel und Mikulle in Pöbelwitz. Hier wurde ihnen Bericht von dieser „Verhandlung“ erstattet. Die Entrüstung der Arbeiter über diese maßlose Ueberhebung der Direktion war unbeschreiblich. Begeistert stimmten sie den Rednern zu, als diese sie aufforderten, sich nicht wie Knechte behandeln zu lassen. Wieder nach einmal so lange feiern, als sich so erwiderten, daß war der Grundton dieser Versammlungen.

Und die Arbeiter haben alle Ursache, den Kampf entschlossen weiter zu führen. Im Betriebe wird es immer trauriger. Kaum, daß noch irgendwelche Arbeit fertiggestellt werden kann. Es fehlt eben an den besten, eingearbeiteten Leuten. Das die Firma an Raweischenhof, im Ganzen etwa dreißig Mann, das kann den Wohl wahrhaftig nicht sein machen. Unter-

dessen aber kostet der gewaltige technische Apparat, Bureauangestellte, Ingenieure und Meister, einen schönen Groschen Geld und eingenommen wird nichts. Dazu kommt, daß der Firma auch schlechtere Lieferungsanträge entgehen, weil sie nichts herstellen kann. Wie von zuverlässiger Seite bekannt wird, haben die Abnehmer der Firma ihr in letzter Zeit das geforderte Material sehr oft zurückgeschickt, weil es äußerst mangelhaft hergestellt war. Die Streikereklamation wird die Linke-Hofmann-Werke noch um ihren geschäftlichen Aufbringen. Das sind recht trübe Aussichten für die Aktionäre. Es werden schöne Augen machen, wenn sie in der Generalversammlung am 29. März hören, was Herr Eichberg in wenigen Wochen aus dem Betriebe gemacht hat. Das wird die Direktion schon längst eingeschätzt haben; die Ausgesperrten hatten einzig zusammen, und daß sie sich auf ihre Organisation verlassen können, braucht nicht noch besonders betont zu werden. Es frägt sich, wie lange die Aktionäre sich den teuren Spieß gefallen lassen werden.

Die Ausperrung hat den Gerichten wieder Arbeit besichert. Wegen angeblicher Belästigung von Arbeitswilligen schweben eine Anzahl Strafprozesse gegen ausgesperrte Arbeiter. Eine Verhandlung vor dem Breslauer Schöffengericht am Mittwoch erbiethete den Reigen. Die Beweisaufnahme ergab so wenig Reklamationsmaterial gegen die angeklagten Maschinenführer Trisepel, Liebel und Tuda, daß die zuletzt Genannten obliquen freigesprochen werden mußten. Nur Trisepel wurde der Belästigung für schuldig erachtet und zu 15 Mark Geldstrafe verurteilt. Nach dem Eröffnungsbescheid sollten die Angeklagten den Arbeitswilligen, Maschinenführer Paul Reizig, am 10. Februar 1914 gemeinsam festgehalten und angepöbeln haben. Im Wirklichkeit aber hat sich der Vorgang folgendermaßen abgeleitet: Der Angeklagte Tuda kam mit dem Reizig schon lange, weil er früher schon mit ihm zusammengearbeitet hat. Reizig hat Tuda sogar verprochen, er würde sehen, ob er ihn nicht als Helfer beschäftigen könnte, wenn er wieder nach Kurland auf Montage fahre. Seitdem sah Tuda den Reizig nach langer Zeit das erste Mal wieder an dem fraglichen Tage, nämlich am 10. Februar. Natürlich Tuda ist höflich zurück und hat nur fragen wollen, ob er ihn denn noch leure, ist Reizig so, als wenn er den Antrag nicht vernommen hätte. Selbst als Tuda die Hand auf seine Schulter legte, dachte der Reizig nicht daran, stehen zu bleiben. Erst jetzt wurde Tuda etwas unruhig und hielt seinen früheren Assistenten und Arbeitskollegen laut am Armel fest. Mit der Ausperrung wurde das aber alles nicht das geringste zu tun. Tuda wurde von Trisepel und Liebel begleitet. Auch sie dachte nicht daran, dem Arbeitswilligen etwas zu Leide zu tun. Wenn das ihr Absicht gewesen wäre, dann hätten sie sich ja eben so gut an einem anderen Arbeitswilligen vergreifen können, denn sie — wie in der Verhandlung festgestellt wurde — kurz zuvor begegnet waren. Allerdings hat Trisepel, wie der Arbeitswillige selbst behaupten mußte, ihn nicht angepöbeln, sondern nur vor sich hin auf die Erde geipelt. Dazu soll „Pün“ gesagt haben. Das Gericht war der Ansicht, damit habe er dem Arbeitswilligen nur seinen Abscheu ausdrücken wollen, was Trisepel in Abrede stellt. Tuda hat überhaupt nichts gesagt und getan, was die gegen ihn erhobene Anklage hätte stützen können. Die Reklamationsmaterialien von Simon Franktagen zu lassen. Die Reklamationsmaterialien für die Angeklagten, da die Beweisaufnahme ihre Unschuld darthut habe. Wie schon gesagt, wurde nur Trisepel wegen Belästigung zu 15 Mark Geldstrafe verurteilt.

So ungeschicklich aber die Tatsachen sind, die den Arbeiterfeinden dann Stoff zu den greulichsten Märtergeschichten geben müssen. Noch selten ist ein so langer Kampf so ruhig geführt worden. Die Ausgesperrten wissen, was auf dem Spiele steht. Sie brauchen nicht zu Gewaltmitteln zu greifen. Mögen sie ruhig, wie bisher, mit beschränkten Mitteln zusehen, dann steigt ihr gutes Recht von selbst.

Die Löhne der städtischen Arbeiter.

Wir brachten gestern die Begründung der Magistratsvorlage über die Familienbeihilfe an städtische Arbeiter. Es heißt darin unter anderem:

Für städtische unversicherte Arbeiter beträgt der durchschnittliche Tagelohn jetzt 3,70 Mark, während der Durchschnittsmindestlohn für einen vollwertigen unversicherten Arbeiter seit der letzten Festsetzung durch den Magistrat noch 3,25 Mark beträgt.

Diese Behauptungen sind, wie uns mitgeteilt wird, unrichtig. In einigen Betrieben mit zahlreichem Beschäftigten können diese überhaupt nicht bis 3,70 Mark steigen. Die Wasser- und Kanalarbeiter erhalten einen Lohn von 3 Mark bis 3,40 Mark, Baubewachung 3 Mark bis 3,60 Mark, Friedhöfe 3 Mark bis 3,40 Mark, Laternenwärter 2,80 und 2,90 Mark, Gartenverwaltung 3 Mark bis 4,15 Mark. In diesem Betriebe sind aber die wenigsten Bauern beschäftigt, können also den höheren Lohn nicht erreichen. Schlicht- und Viehhof zahlt 3,10 Mark bis 3,90 Mark und die Elektrizitätswerke 3,20 bis 3,90 Mk. Einen Durchschnittslohn von 3,70 Mark können allenfalls die Gas-, Wasser- und Kanalarbeiter und Straßenbahner erreichen. Beim Schlicht- und Viehhof und den Elektrizitätswerken ist auch das ausgeschlossen; dazu ist der Wechsel in den Betrieben zu groß. Schwankt doch der Wechsel der Arbeiter zwischen 65 bis 80 Prozent.

Um einen möglichst hohen Durchschnittslohn herauszurechnen, scheint man die Arbeiter, die sich ein Handwerk in den städtischen Betrieben anlernten, dazu mitgezählt zu haben. Viele Arbeiter müssen auch Sonn- und Feiertags arbeiten, wieder andere machen zahlreiche Ueberstunden. Wenn die insgesamt im Jahre eodenti Lohngesumme nur auf die Wochentage verteilt wird, so mögen wohl 3,70 Mark herauskommen. Eine solche Berechnung würde aber nicht zureichend sein. Es angeführten Lohnsätze beweisen auch, daß die Behauptung nicht stimmen kann, daß der Durchschnittslohn 3,25 Mark beträgt.

Vielleicht lassen sich die Stadtverordneten eine Aufstellung über die zurzeit tatsächlich bezahlten Löhne machen unter Zugrundelegung der Lohnlisten.

Verlorenes Beitragsmarken. Am Sonntag haben ein Bezirksführer des sozialdemokratischen Vereins Breslau auf seinem Kofferweg in der Michaelstraße 14 Beitragsmarken zu je 40 Pfennig verloren. Der Finder wird gebeten, die Marken im Barri-Sekretariat Margaretenstraße 17, Zimmer 26 37, abzugeben.

Einen Meister des Vortrags

und der gebundenen Rede werden die Besucher des Dichter-Abends bewundern können, der am nächsten Sonntag im Gewerkschaftshaus zu Ehren Karl Wendells stattfindet. Die Festsprache und der Gedichtvortrag werden nämlich von dem Registrator Dr. Max Voensgen-Alberly bestreiten, der zu den besten Dektamatoren Deutschlands gehört. Außerdem wird das Programm Männerchöre des Gesangsvereins „Namenlos“ und Solog des Herrn Opernsänger Gröger bieten. Programme zum Preise von 30 Pf. sind in der „Volkswacht“, Neue Graupenstraße 7, im Gewerkschaftshaus, Zimmer 26, und im Zigarrengeschäft, ferner bei Tige, Humboldtstraße 8, bei Reichelt, Mathiastraße 140, und bei Paul Berndt, Leuthenstraße 53, zu haben.

* Zur Vorstellung des „Hofenbut“ am morgigen Freitag sind Vorzugbillets zum Preise von 80 Pf., 1 Mk. und 1,20 Mk. im Zimmer 26 des Gewerkschaftshauses zu haben.

Die Arbeiter-Sänger-Vereinigung

Breslau und Umgegend hielt Sonntag, den 22. März, im Gewerkschaftshaus ihre diesjährige Generalversammlung ab.

Der Jahresbericht für 1913 erstattete Sangesbruder Seelig. Er berichtete, daß die Arbeiter-Sängerbewegung in Breslau, die durch die Gründung der Sängervereinigung im vorigen Jahre eine glänzende Zukunft absehe. Am 15. Juli 1901 wurde der Arbeiter-Sängerbund für Breslau und Umgegend gegründet und der Anfang an die Arbeitergemeinschaft „Deutschland“ (jetzt Deutscher Arbeiter-Sängerbund) vollzogen. Die erste Generalversammlung wurde polizeilich aufgelöst. Es folgte ein Strafbescheid von 40 Mark, auf Einspruch wurde der damalige Vorsitzende, Sangesbruder Scherbaum, wegen Nichtzahlung einer öffentlichen Verurteilung zu 25 Mark Geldstrafe verurteilt. Der abermalige Einspruch endete mit einem Freispruch. Aber trotz aller polizeilichen Verfolgungen wurde das Vorwärtstreben der Arbeiter-Sänger nicht im geringsten behindert. Waren es bei der Gründung 7 Vereine mit 260 Mitgliedern, die der Sängervereinigung beitraten, so konnten Ende 1913 21 Vereine mit 927 Mitgliedern gezählt werden. Die Erträge in den Zeitungen können ebenfalls als Maßstab für den Erfolg der Sängervereinigung angesehen werden. In der letzten Zeit sind die Sängervereine im allgemeinen viel zu wünschen übrig, so kann kaum schon bei jeder ein Verein ein künstlerisches Streben und ein Wettstreit um ein vornehmes Programm festgestellt werden.

Am 20. März 1914 ist zu entnehmen, daß leider ein kleiner Mitglieder-Mangel zu verzeichnen ist, was aber nicht auf die Agitation, sondern auf den wirtschaftlichen Zustand zurückzuführen ist. Ende 1912 zählte die Sängervereinigung 26 Vereine, 1913 waren es 24. Das bedeutet aber keinen Verlust an Vereinen, es muß vielmehr damit gerechnet werden, weil einige Vereine der Verkleinerung näher getreten sind. Verschiedene haben sich die Vereine „Diebes“ und „Freie Sänger“ zu einem Chor unter dem Namen M. G. U. „Freiheit“, ferner der M. G. U. „Eintracht-Deutsches“ und der Frauenchor „Deutsches“ zu einem gemeinsamen Chor. Der Mitgliederbestand betrug am Jahresende 1913, von denen 633 aktiv und 88 passiv sind. Die Vereine haben neun Streifen; ihrer Tätigkeit ist es zu danken, daß die Arbeiter-Sänger schon häufig Zeugnis abgelegt haben von ihrer künstlerischen Fortentwicklung. Mit einer Aufzählung an die Anwesenden, alle Kraft einzusetzen, um den Frieden des freien Landes zu zeigen, daß die Arbeiter-Sänger dem geforderten Ziele immer näher kommen und als Träger künstlerischer Kultur in der Arbeiterbewegung ihren Platz doch eringen, schloß Seelig seinen Bericht.

Der Kassenericht gab Sangesbruder Laubel. Die Einnahme betrug 768,51 Mark, die Ausgabe 418,87 Mark.

Von den zur Verhandlung stehenden Anträgen wurde unter anderem folgender Antrag angenommen: Die Mitglieder verpflichten sich eine gleichmäßige Kopffsteuer zu entrichten zur Deckung der Unkosten für einen Festwagen am Festzug zum Gaufrüherfest Pfingsten 1914.

Die Wahl des Vorstandes ergab, daß der bisherige Vorstand wiedergewählt wurde, bis auf einige Mitglieder, die ihr Amt niederlegten. Für die wurden neu hinzugewählt, Sangesbruder Frau Waberfeld als Vizepräsidentin, Sangesbruder Winkler als Unterbezirksführer und Sangesbruder Bahz als Sekretär.

Der Bericht über den Gantag erstatteten die Sangesbrüder Dürster und Winkler. Hervorgehoben ist dabei, daß trotz des wirtschaftlichen Niederganges 1913 eine Mitgliederzunahme von 343 im Ganzen zu verzeichnen war.

Unter „Verschiedenes“ brachte Sangesbruder Bogar ein Schreiben vom Bund der Sozialdemokratischen Breslau zur Festlegung, worin dieser Bund auffordert, an einer Protestversammlung gegen die Lohnkürzung teilzunehmen. Der Vorsitzende, Sangesbruder Seelig, weist zum Schluß auf das kommende Gaufrüherfest hin, das Pfingsten in Breslau abgehalten wird, ferner auf das Konzert, das Ostern 1914 Berliner Arbeiter-Sänger im Gewerkschaftshaus veranstalten; er bittet um rege Teilnahme und umfangreiche Agitation. Mit einem Hoch auf die Arbeiter-Sängerbewegung wurde die Generalversammlung geschlossen.

* Was die städtischen Beamten wünschen. Diese Blätter bringen eine längere Zuschrift aus dem Kreise der städtischen Beamten. Danach waren kirchlich die Vertreter von 800 städtischen mittleren und in einem Verbande vereinigten Beamten versammelt, und sie beschäftigten sich ernstlich mit der Frage, „ob sich die Beamten noch enger als früher zusammen schließen sollen, und zwar zu rein wirtschaftlichen Zwecken, besonders aber zur Beteiligung am politischen Leben, da doch eben die Erfahrung lehrt, daß andere Berufsgruppen leider nur auf diesem Wege verhindern können, daß sie im wirtschaftlichen Kampfe nicht achlos beiseite geschoben werden.“ Bei dieser Gelegenheit wurde auch lebhaft der Beschluß des Ausschusses VIII der Stadtverordneten-Versammlung erörtert, der die Wiedereinführung der geteilten Dienstzeit (Vor- und Nachmittags-Dienst) anregt. Die Beamten wenden sich gegen die geteilte Arbeitszeit. Die ungeteilte Arbeitszeit von 8 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags sei vorteilhaft für die Gesundheit und die Bewässerung; im Entschluß wurde das von verschiedenen Seiten bestritten.

* Geheime Invalidentaxe. Am Dienstag vormittag ist dem Arbeiter Karl Winkler seine Invalidentaxe aus der Tasche einer Jacke, die er bei der Arbeit an die Air gehängt hatte, gestohlen worden. Offenbar will der Dieb damit Mißbrauch treiben.

* Taschendiebstahl auf dem Topfmarkt. Am Montag vormittag ist auf dem Topfmarkt (Neumarkt) einer Klempnermehlfrau ein Portemonnaie mit 28,50 Mark entwendet worden.

* Einbruch. In der Nacht zum Montag sind Diebe durch Uebersteigen des Zaunes in den Garten des Grundbesitzes Karlsstraße 37 gelangt und haben von einem dort aufgestellten Herdbrandapparat die wertvollsten Teile gestohlen, so eine Majorka-Faule mit vier Nickelbatterien und andere wertvolle Teile, zusammen im Werte von 100 Mark.

Der Friede in Sicht!

Wie nach den letzten Verhandlungen anzunehmen war, ist nunmehr der Friede zwischen Rassen und Klassen in Breslau abgeschlossen, am 1. April werden die alten Klerger die Behandlung der Krankenkassenmitglieder wieder aufnehmen. Der „Bresl. Bzg.“ geht darüber folgende Korrespondenz zu:

Die Verbandsversammlung der Orts- und Betriebskrankenkassen in Breslau trat gestern in später Nachtlunde den Beschlüssen, welche bereits vor einiger Zeit zwischen den Klergern und den Krankenkassenvertretern im Oberversicherungsamt gefaßt worden sind, bei, sodas nunmehr der Friede zwischen den Breslauer Klergern und den Krankenkassen als wiederhergestellt gelten kann. Eine der Hauptforderungen betrifft die Kostendeckung für die abzurufenden Ärzte. Jede Klasse wird für diesen Zweck pro Mitglied und Jahr 5 Pfg. und die Klerger je 10 Pfg. pro Mitglied und Jahr zu leisten haben. Außer den früheren 70 Klergern sollen noch dreißig Kassenärzte hinzutreten, jedoch die Zahl der Kassenärzte rund 100 betragen soll. Die Erhöhung des Honorars an die Kassenärzte ist ebenfalls sanktioniert worden. Die Kassen zahlen pro Kopf und Jahr 5 Mark für die kassenärztliche Behandlung an den Verband. Die Gebühren der früheren Kassenärzte werden voraussichtlich ihre kassenärztliche Praxis wieder aufnehmen. Für die spezialärztliche Behandlung ist die freie Arztwahl festgelegt worden. Das Abkommen zwischen den Krankenkassen und Klergern ist bereits mit dem 1. April in Geltung. Dem Verbands gehören 22 Krankenkassen mit über 100.000 Mitgliedern an.

Wir können diese Angaben im Wesentlichen nur bestätigen.

Rechtprozesse in Breslau und Leipzig.

Die „Schlesische Zeitung“ vom Donnerstag enthält folgende Notiz:

Wegen Beleidigung des sächsischen Militärbevollmächtigten beim Bundesrat, General Leudart v. Weißdorf, hatte sich der Redakteur Liebmann von der sozialdemokratischen „Leipziger Volkszeitung“ vor dem Leipziger Landgericht zu verantworten. Er hatte in einem Artikel erklärt, daß die politische Insubordination des sächsischen Militärbevollmächtigten, die bei einer Besprechung in der Budgetkommission des Reichstages hervorgetreten sei, durchaus nicht überraschendes sei, daß vielmehr die Unkenntnis politischer Dinge und Verhältnisse von politisierenden Militärs etwas ganz gewöhnliches zu sein scheine. Liebmann wurde wegen einfacher Beleidigung zu 50 Mark Geldstrafe verurteilt.

In Leipzig kostet die Beleidigung eines Militärbevollmächtigten 50 Mark Geldstrafe, in Breslau die eines Rechtsanwalts — zwei Monate Gefängnis. Das bestätigt in vollem Umfange unsere geistigen Bemerkungen über die Schwere unseres Kampfes im Osten.

Der große Unbekannte.

In Strafprozessen spielt der große Unbekannte schon seit jeher eine große Rolle. Ueber den geheimnisvollen Mann ist bisher nur soviel bekannt geworden, daß er mit dem Vornamen Franz heißt und einen Schmurrbart tragen soll. Auf ihn berief sich auch am Mittwoch ein Arbeiter A., der wegen Diebstahls vor dem hiesigen Schöffengericht stand. Am 7. Februar 1914 sah ein Reisender auf der Terrasse in der Verkehrsallee des Breslauer Hauptbahnhofes und hatte sein Handgepäck neben sich auf einen Stuhl gelegt. Als er einige Minuten seine Sachen unbeaufsichtigt ließ, weil er sich eine Briefmarke besorgte, kam inzwischen der Angeklagte und schlich sich an, das Handgepäck an sich zu nehmen. Der Reisende kam rechtzeitig dazu und fragte den Mann, wo er mit den Sachen hinwolle, die ihm nicht gehörten. Der Angeklagte wurde etwas verlegen und erklärte, ein unbekannter Herr hätte ihn beauftragt, das Gepäc vom Stuhl zu nehmen und zu ihm zu bringen; damit habe er sich ein kleines Trinkgeld verdienen wollen. Da aber der unbekannt Herr im Bahnhof sitzend zu erblicken war, stellte man den Namen des Arbeiters fest und veranlaßte gegen ihn ein Strafverfahren wegen Diebstahls. Auch in der Verhandlung verriet sich der Angeklagte auf den Unbekannten, der vielleicht selbst ein Bahnhofsdieb gewesen sei und ihn gekleidet habe, die Kaffianen aus dem Feuer zu holen. Das Gericht hielt diesen Einwand für ein auf erfindenes Märchen und sprach den Angeklagten des Diebstahls schuldig. Auf eine Geldstrafe konnte nach dem Gesetz nicht erkannt werden. Auf die Mindeststrafe von einem Tag Gefängnis zu erkennen, sah sich das Gericht nicht berufen, obgleich der Mann bisher unbeholten war. Das Urteil lautete auf 14 Tage Gefängnis mit Rücksicht darauf, daß die Bahnhofsdiebstahle eine ständige Plage für das reisende Publikum bedeuten.

* Japanische Kunsthandwerker im Warenhaus Barasch. In der vor etwa fünfzehn Jahren einsehenden Wiedergeburt unserer modernen Kunstgewerbe trugen nicht zuletzt japanische Einflüsse — die durch Vermittelung Englands zu uns kamen — ein gut Teil bei. Mit ihren ganz eigenartigen Stilrichtungen naturlicher Motive, verbunden mit einem feinen Farbengefühl, verzierten sie auch ihre täglichen Gebrauchsgegenstände, wodurch sie den Volksgeschmack außerordentlich hoben. Mit der Industrialisierung Japans wurde diese Volkstaste ins Hinterland gedrängt; der kunstgewerbliche Bedarf durch billige Fabrikwaren gedeckt. Die Kräfte tüchtiger Kunstgewerbetler wurden frei. Auf den ersten Blick möchte man es für einen guten Einfall halten, daß diese Künstler, deren Produkte für den Massenbedarf nicht mehr in Frage kommen, nach Europa kamen, um hier für ihre kunstgewerblichen Produkte Absatz zu suchen. Bei Barasch leben wir nicht nur die Produkte dieser Kunsthandwerker ausgestellt, sondern diese selbst bei der Arbeit. Man kann vielleicht über den Geschmack streiten, eine so hochwertige Tätigkeit zum Gegenstand müßiger Neugier zu machen; aber schließlich kann man dieser, neuerdings in Warenhäusern Mode gewordenen Erscheinung (Wertheim in Berlin begann zuerst damit) auch eine gute Seite abgewinnen. Das Publikum wird zum Nachdenken über die Entstehung von manchen Gegenständen angeregt. Für den Massenbedarf kommen natürlich die hier gezeigten Arbeitsmethoden nicht in Frage, dazu sind sie zu unwirtschaftlich.

Als ein Künstler von feinem Geschmack lernen wir den Silber- und Goldschmied Professor Mr. Teraoka kennen, der darauf hält, daß der typisch japanische Stil nicht durch fremde Einflüsse verdrängt wird, wie das bei dem Kunstfälscher Mr. E. Kaneko der Fall ist, dessen billige Silberarbeiten geradezu kitschig sind. Die ganze eigenartige Schönheit der japanischen Kunstfertigkeit — die bei uns häufige Trennung zwischen höherer Kunst und Kunstgewerbe offenbar dort nicht — umfaßt uns aber am Stand des Holzschneiders und Druckers Mr. Sugisaka. Er sagt, daß wir seinen Vertreter der Lackarbeiten sehen, worin die Japaner unerreicht sind.

Einen Besuch dieser interessanten Ausstellung — der übrigens frei ist — können wir nur empfehlen. Und vielleicht kann sich auch eine oder der andere irgend einen kleinen Kunstgegenstand, die verhältnismäßig billig kaufen. F.

* Ferien-Wanderungen für Arbeiterkinder. Seit dem vorigen Jahre besteht in Breslau eine Ortsgruppe des über ganz Ostpreußen, Deutschland und die Schweiz verbreiteten Arbeiter-Touristen-Vereins „Die Naturfreunde“ die es sich zur Aufgabe macht, die Arbeiterkinder durch planmäßige Wanderungen in die nähere und weitere Umgegend mit den Schönheiten unserer engeren Heimat und deren Berge näher bekannt zu machen. Um aber auch bei den Kindern der Provinzen der Provinz, die selbst während der großen Sommerferien auf die engen, dampfen Höfe und Straßen der Stadt angewiesen sind, die Freude an der Natur zu beleben, hat die hiesige Ortsgruppe der „Naturfreunde“ beschlossen, während der großen Sommerferien wöchentlich einmal Schülerwanderungen unter geeigneter Führung zu veranstalten. Die Kinder sollen hinausgeführt werden ins Freie und bei frohem Spiel und Gesang mit der Natur vertraut gemacht werden. Da es vielen Familien bei den geradezu kümmerlichen Erwerbverhältnissen unmöglich sein wird, das für einige Touren in Frage kommende Fahrgehalt aufzubringen, so wollen die hiesigen „Naturfreunde“ versuchen, für die wirklich Unbemittelten wenigstens einen Teil des Fahrgebührens beizusteuern. Um die Mittel hierfür aufzubringen, findet am Dienstag, den 21. April, abends 8 1/2 Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses ein großer Lichtbilder-Vortrag über die „Sächsischen Schweiz in Wort und Bild“ statt, dessen gesamt er Kleinsttrag für die Schülerwanderungen bestimmt ist. Eintrittskarten zum Preise von 15 Pfg. sind in der Volkswacht-Expedition, im Zigarrenladen des Gewerkschaftshauses und am Büffet des Gewerkschaftshauses zu haben.

* Konkurs. Ueber den Nachlaß des am 27. Oktober 1913 in Breslau verstorbenen Gastrais Josef Riedel wurde am 3. März 1914 der Konkurs eröffnet. Der Verstorbene betrieb seit vielen Jahren in Breslau an verschiedenen Stellen sein Gewerbe, ohne aber bei seinen Unternehmungen, denen er sich mit Fleiß und Eingebung widmete, Erfolge zu erreichen. Im Jahre 1911 siedelte er, wie der Konkursverwalter Carl Michaloc in der ersten Gläubigerversammlung am 25. März berichtete, vom Matthespark auf der Volkstestrasse nach Vorwerkstrasse 7 über, wo er das Restaurant „Zur Taberne“ übernahm. Das Geschäft ging schlecht, und als Riedel vom Tode ereilt wurde, befand er sich in finanziellen Nöten. Die Ehefrau trat trotzdem die Erbchaft an, mußte aber schon nach kurzer Zeit, weil der Nachlaß überschuldet war, einen Vergleich mit ihren Gläubigern anbahnen. Sie fand aber kein Entgegenkommen und war deshalb gezwungen, selbst den Konkurs anzumelden. Sobald das geschehen war, schied sie freiwillig aus dem Leben. Das Geschäft ist inzwischen in andere Hände übergegangen. Die Vermögensbestände belaufen sich auf 3740 Mk., die Verbindlichkeiten auf 2590 Mk.; bei einer Schuldenlast von 9040 Mk. haben also die Gläubiger einen Anteilsbetrag von etwa 18 vom Hundert zu erwarten.

* Tod aufgefunden wurde am Dienstag in ihrer Wohnung im Waldweg 9 die 72 Jahre alte Rentempfängerin Auguste Böhner. Da ihr Blut aus dem Munde gequollen ist, wird angenommen, daß sie einem Aneurysm erlegen ist.

* Vermisst wird seit dem 17. März die 63 Jahre alte verheiratete Zimmermannsfrau Ottilie Minans, geb. Jänner, die Matthäustrasse 192 gewohnt hat. Die etwa 1,65 Meter große Frau hat blondes Haar, graue Augen, blaßes Gesicht und war mit blauem Rock und grauem Umhangsäckchen bekleidet. Vermisst wird seit dem 20. März der 15jährige Arbeiterburjake Kurt Haberlitz, genannt Leidi, Gräbischenerstrasse 23. Er ist etwa 1,20 Meter groß, hat dunkelblondes Haar, blaue Augen, war bekleidet mit alter grauer Jacke, dunkelroter Hose, schwarzen Schnürschuhen und Strümpfen und grauer Schilbmütze.

* In die Ober gesprungen und ertrunken ist nicht, wie falsch gemeldet war, der Bohrerstrasse Nr. 21 wohnhafte Max Makiel, sondern der Tischler Paul Venke, der Waldstraße 17 wohnt, 33 Jahre alt, verheiratet und Vater zweier Kinder war. Der Mann trug schwarze Jackellanzug, hatte blonde Haare und blonden, kurz geschneittenen Schmurrbart. Er litt an Herzkrämpfen und ist wahrscheinlich infolge eines solchen Anfalls in den Sturz gekommen.

* Zusammenstoß. Am Mittwoch ließ Ede Garten- und Schweidnitzerstraße ein weißer Radler mit einer Kraftschleife zusammenstoßen. Das Rad des Radlers wurde vollständig zertrümmert. Er selbst aber kam mit leichten Verletzungen davon. Nach Aussagen der Augenzeugen trifft die Schuld den Kraftwagenführer, der vorwärtsdrückend um die Ecke fuhr.

* Straßenunfall. Am 25. ds. Mts. vormittags, wurde eine 50jährige Frau auf der Tiergartenstraße von zwei Radfahrern (Telegraphenarbeitern) umgefahren. Sie erlitt Verletzungen an der linken Hand und am linken Fuß. Den beiden Radfahrern gelang es, merktant zu entkommen.

* Einbruch. Am 23. d. Mts. ist die Wohnung einer Arbeiterin erbrochen, der Gasautomat gewaltsam geöffnet und daraus 3,10 Mark entnommen worden. — In der Nacht zum 24. ist ein Einbruch bei einer Gastwirtin auf der Dorothienstraße ausgeführt worden, wobei 4 Mark Wechselgeld, für 80 Mark Konsumwaren und 50 Stück Zigarren gestohlen wurden. — In die Wohnung eines Hausbesizers auf der Weinststraße brach ein Dieb in der Nacht zum 25. ein und entwendete daraus braunen Stoff zu einem Kostüm, einen schwarzen Sommerüberzieher, eine Bluse, Stahlgabeln und eine Stahlflechte.

* Verlorene Invalidentarte. Ein Arbeiter hat am Mittwoch seine Invalidentarte verloren. Der Finder wird gebeten, sie bei R. Kusch, Sadowaitzstraße 51, abzugeben.

Schlesien und Posen.

* Steinsiebersdorf, 26. März. Ein raffinierter Stratenraub ist am Freitag Abend auf der Chaussee von Peterswalde nach Steinsiebersdorf verübt worden. Von der Firma Getel in Peterswalde erhielt der hiesige Bäckermeister John Kühnel den Auftrag, auf einem Plauwagen ein Paket mit Saumwollgarnen für den hiesigen Kaufmann Krause mitzunehmen und abzuliefern. Als er nun hier ankam, fand er die Tür des Plauwagens geöffnet und das schwere Paket mit 190 Meter Garnen vor verschunden. Während der Fahrt war ein Mann aufgestiegen, der den Etwahl ausgeführt hat, ohne daß Kühnel etwas gemerkt hat. Am Morgen wurde ein Teil des ausgeführten Garns am Bachrand beim Altrichloch gefunden. Wegen Verdacht des Diebstahls wurde am Dienstag früh der verhaftete Handelsmann Gise aus Peterswalde verhaftet.

* Landraub, 26. März. Verkauf der königlichen Spinneret. Wie verlautet, sind die Verhandlungen wegen Ankaufs der im Jahre 1911 erbobten hiesigen königlichen Spinneret durch die Firma F. Minkel nunmehr zum Abschluß gelangt. Die Uebernahme soll im Juli erfolgen.

* Diebstahl, 26. März. Einbruch in das Stadt-Theater. In das Bureau des Stadt-Theaters ist ein Einbruch verübt worden. Die noch nicht ermittelten Diebe entwendeten eine Kassetten mit 1500 Mark Inhalt.

* Diebstahl, 26. März. Für 28000 Mark Goldwaren gestohlen. In der Nacht zum Mittwoch drangen Einbrecher in das Gold- und Silberwaren-Geschäft von R. Dialis, Breslauerstraße, ein, durchbrachen die Decke und räumten das Warenlager aus.

Gestohlen wurden: Goldene Perlen- und Damenuhren, Ketten, Ringe, Broschen, Ohrringe, Armbänder, Kollern. Die unbekannt Täter haben von dem über dem Dialis'schen Laden liegenden Arbeitsraum eines Gutgefälltes die Decke an der Stelle angedreht, um die Stiebtreppe in den Laden zu führen.

Die Arbeit wurde ihnen insofern sehr erleichtert, als der angehöfite Teil der Decke nur aus über die Wandstiebtreppe gelegten Brettern bestand, die sich leicht entfernen ließen. Anschließend kommen auswärtige Einbrecher in Frage.

* Elfa, 26. März. Krieg im Frieden. Ein betäubender Unglücksfall ereignete sich Dienstag vormittag an der Wollschuhmacherstraße. Dort stürzte beim Reiten in dem Springgarten, als er über den Wassergraben setzte, der 22jährige Unteroffizier Eckert von der 4. Batterie des Feldartillerie-Regiments Nr. 56. Das Pferd überschlug sich und fiel auf E., wobei diesem die Schädeldecke zertrümmert und der Brustkasten eingedrückt wurde. Die Verletzungen war so schwer, daß E. bald darauf verstarb. Der Verunglückte diente im vierten Jahre.

* Schönlank, 26. März. Töblich verunglückt ist die bei einem Kartoffelhändler beschäftigte Arbeiterin Gril. Auf dem Wege von ihrer Arbeitsstelle überschritt die etwa 55jährige Frau die Bahngleise, als man gerade mit dem Zusammenstellen der Güterzüge beschäftigt war. Die Bedauernswerte kam zwischen zwei Puffer und wurde getötet.

* Bromberg, 26. März. Die gefüllte Kompottschüssel. Einen Selbstmordversuch durch Vergiftung hat der Tischler Hermann Thurau von hier, Pöynestraße 4, verübt. Man fand ihn Mittwoch morgen halbtot in der Nähe der Wohnung seiner in Schwedenhöhe wohnhaften, aber von ihm geschiedenen Ehefrau, vor. Th. gab an, Salzsäure getrunken zu haben. Der hinzugezogene Arzt ordnete die Ueberführung des mit dem Tode Ringenden in das Kreiskrankenhaus Gleichfeld an. — So meldet trocken der Tagesbericht der Ostdeutschen Presse.

Daß der Bedauernswerte 26 Jahre ununterbrochen in dem größten und seiner Hungerlöhne wegen bekannnten Betriebe hier am Orte gestrampelt, nachdem die Kräfte nachließen, aber aufs Pflaster geworfen, kein dauerndes Unterkommen mehr finden konnte und nur, um dem qualenden Hunger zu entfliehen, zur Gistflasche griff, davon ist in dem bürgerlichen Blatte nichts zu lesen.

Über auch dieser Schritt hätte unterbleiben können, wenn der Mann den Weg zu seiner Organisation gefunden hätte. Da er seit dem Herbst wiederum arbeitslos war und vor dem Nichts stand, so mußte ihn die Verzweiflung packen.

* Bromberg, 26. März. Ein Einbruch wurde in voriger Nacht in das Geschäft des Uhrmachers Weinberg, Kornmarktstraße 2, verübt. Die Diebe drückten das Schussfenster ein und ließen die ausgestellten Wertachen mitgehen.

— Ueberfahren und schwer verletzt wurde Dienstag nachmittag von einer Drosche in der Beckenerstraße ein etwa vierjähriges Mädchen.

Neueste Nachrichten.

Die Opfer der Köpenicker Bootskatastrophe.

Berlin, 23. März. Die Suche nach den Opfern des Fahrungsunglücks auf der Oberspreewitz ist gestern nachmittag energisch fortgesetzt worden und es gelang, bis abends 8 Uhr zwei weitere Leichen aufzufinden. Die beiden Toten, die Arbeiterin Alwine Gauschke und der Bootsführer Korn, wurden vorläufig in einem benachbarten Fabrikraum untergebracht. Es fehlt jetzt nur noch die Leiche der Arbeiterin Mathilde Heidebrecher aus Köpenick, die man heute im Laufe des Tages noch zu finden hofft. Die Beisetzung der acht Todesopfer soll Sonnabend nachmittag in einem gemeinsamen Grabe in Köpenick erfolgen. Der verhaftete Kapitän des Schleppdampfers Polzenhagen und sein Bootsmann Valentin wurden gestern nachmittag in das Amtsgerichtsgefängnis zu Köpenick eingeliefert.

Die Reichskassierabgabe.

Frankfurt a. M., 26. März. Die dem Bundesrat zurzeit vorliegende Novelle zum Kallgesetz enthält neben einer Reihe von Bestimmungen zur Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Kallindustrie auch, wie schon gemeldet wurde, eine Reichskassierabgabe auf Kall, und es soll künstlich, wie die „Zettl. Bzg.“ dazu erklärt, nach den Vorschlägen der Novelle noch eine Abgabe zur freien Verfügung der Reichsfinanzverwaltung in Höhe von 45 Pfennig pro Tonne Kall an die Reichskasse abgeführt werden. Diese Abgabe soll allerdings nicht sofort eingeführt werden, sondern erst vom Jahre 1916 ab. Die Reichskasse wird dadurch eine Mehreinnahme von 4 bis 5 Millionen haben.

Schredensstat in religiösem Wahnsinn.

Kad Netzenhal, 26. März. In Spinnreit am Tessenberg ertränkte die 30jährige Bauersfrau Maria Windfeller in religiösem Wahnsinnisch mit ihren drei Kindern. Die Leichen konnten bereits geborgen werden.

Meißerkampf zwischen invaliden Greisen.

Düsseldorf, 26. März. Zwischen zwei hochbetagten Insassen des hiesigen städtischen Pflegehauses kam es zu einem Messerkampf, in dessen Verlauf der 70 Jahre alte Invalide Lange 14 tiefe Messerwunden erhielt, die den Tod des Mannes zur Folge haben werden. Der Täter wurde verhaftet.

Schweres Unwetter im Nermelkanal.

Paris, 16. März. Im Nermelkanal und an der französischen Westküste herrscht seit mehreren Tagen ein furchtbarer Sturm. Wie aus West gemeldet wird, ist das Fischerboot „Gabriele“ etwa eine Meile von der Küste entfernt, gesunken. Seine elf Mann starke Besatzung erkrankt bis auf zwei Mann, die sich an schwimmenden Balken festklammerten und nach stundenlangen Bemühungen gerettet werden konnten. Zwei weitere Fischerboote, das eine mit fünf Mann, das andere mit vier Mann Besatzung werden gleichfalls vermisst. Eine stürmische Ueberfahrt hatte der Biermaster „Quevilly“, der am 4. März von New York abgefahren war. Seine Masten hat er während des großen Wogenanges verloren und konnte sein Ziel nur mit Notmasten erreichen. Eine Anzahl von Matrosen wurde von den Wellen fortgespült.

Russische Spionage im Torpedoboot.

Christiania, 26. März. Das vorgestern bei Lela an der nordwestlichen Küste Norwegens gestrandete russische Torpedoboot „Bogel“ ist gestern von drei norwegischen Torpedobooten abgehleppt worden. Es hat sich herausgestellt, daß die Besatzung des Torpedobootes in der letzten Zeit an der norwegischen Küste Spionage trieb und Uebersetzungen vorgenommen hatte. Der Untermann von Lela hatte von dem Kommandanten des Torpedobootes die Ausrüstung der photographischen Apparate und sonstigen Aufzeichnungen verlangt, war von diesem aber abschlägig beschieden worden. Er hat nun dem Ministerium des Meeres einen Bericht über den Vorfall übermittelte.

Das Ergebnis der roten Woche.

Nach einer Zusammenstellung des Parteivorstandes, die auf Grund der von den Organisationen eingeforderten Mitteilungen hergestellt wurde, weist die Wertarbeit der roten Woche folgende Ergebnisse auf:

Table with columns: Bezirk, Mitglieder gesamt, darunter weibliche, Abonnenen, Nicht-richtig haben, Wahlkreise. Lists various regions like Preußen, Berlin, etc.

Dieses Resultat der roten Woche ist überaus glänzend und übertrifft alle Erwartungen. Und doch ist es noch nicht vollständig; abgesehen von den 61 Wahlkreisen, die bisher noch nicht berichtet haben, gehen aus den Wahlkreisen, über die berichtet wurde, noch fortwährend ergänzende Mitteilungen ein, die die Zahl der neugewonnenen Mitglieder und Abonnenten erhöhen.

Für den Bezirk Rattowitz standen offenbar die Ziffern noch aus, als die Zusammenstellung des Parteivorstandes hinausging, denn 7 Kreise sind noch unberichtet und gerade sie brachten der „Freien Presse“ Hunderte von neuen Abonnenten.

Der falsche Kriminalbeamte von Charlottenburg.

Stolz, 24. März 1914.

Das hiesige Landgericht hatte sich am heutigen Tage erneut mit dem Prozeß gegen den Privatdetektiv Paul Schwarz aus Berlin zu beschäftigen. Schwarz war von der Familie des auf unerklärliche Weise plötzlich verstorbenen Gymnasialisten Ernst Niemann beauftragt worden, um die Ermittlungen über die etwaige Täterschaft des Dienstmädchens Christiane Heinrich anzustellen. Er hat diesen Auftrag in der Weise ausgeführt, daß er sich mehrere Monate in Mummelsburg in Konjunktur aufhielt, sich mit der Familie der Heinrich anfreundete, sich mit ihr verlobte und intimen Verkehr mit ihr pflegte und sie schließlich zu einem Geständnis veranlaßte unter der

Begründung, unter Verlobung dürfe es keine Geheimnisse geben. Die Heinrich hat dieses Geständnis später widerrufen und will es nur abgelegt haben, um die gute Partie des reichen Möbelhändlers, als den sich Schwarz ausgab, nicht zu verlieren. Es ist deshalb gegen Schwarz Anklage erhoben worden wegen Verleumdung, die in der Verführung der Heinrich erblickt wird, wegen Freiheitsberaubung und wegen unbefugter Annahme eines öffentlichen Amtes, indem er sich den Lokalbehörden Mummelsburgs gegenüber als Berliner Kriminalbeamter aufspielte. Er ist auch wegen Betruges angeklagt, da er die Familie Niemann überboten haben soll. Wegen Verleumdung ist der Oberleutnant Hing, in dessen Hotel sich die in Frage kommenden Vorfälle abspielten, ebenfalls angeklagt.

Schwarz, ein wiederholt vorbestrafter Mensch, erklärte bei seiner Vernehmung, daß er sich für berechtigt gehalten habe, den Mord an dem Gymnasialisten Niemann aufzuklären. Er sei immer mehr zu der Ansicht gekommen, daß die Heinrich die Täterin sei und in Mummelsburg habe er immer Hand in Hand mit dem örtlichen Polizeiergenteanten gearbeitet. Durch den Polizeiergenteanten sei er auch mit dem Vater der Heinrich in Verbindung gekommen und auf einer Festlichkeit, die er, Schwarz, aus Anlaß seines Geburtstages veranstaltete, habe er auch die Tochter kennen gelernt. Um Anknüpfungspunkte zu bekommen, über den Fall Niemann mit ihr zu sprechen, habe er sich zwei Briefe aus Berlin kommen lassen, in denen er zu der inzwischen stattgefundenen

Verlobung mit der Heinrich beglückwünscht wurde, in denen aber auch allerlei Verdacht über die Kenntnis seiner Braut an einem Morde geäußert wurden. Die Heinrich sei beim Verlesen des Briefes ganz bleich geworden, er habe auf sie eingeredet und schließlich habe sie ihm das Geständnis abgelegt, daß ein früherer Liebhaber von ihr, ein Schlosser Schulz, den Niemann aus Verger über eine päpige Antwort getötet, und die Leiche in eine Stellung gebracht habe, aus der man auf einen Selbstmord schließen konnte. Den Schulz habe sie seitdem nie wieder gesehen. Der Angeklagte erklärt, daß er die Verlobung, die Hergabe von Geldern an die Heinrich und auch den intimen Verkehr aus sachlichen Gründen für notwendig gehalten habe. Man müsse doch bedenken, daß er der Ansicht war, es handelte sich um eine Mörderin. Von einer Uebervorteilung der Familie Niemann könne keine Rede sein, er habe nicht mehr bekommen, als er an Stellen ausgegeben habe.

Der Angeklagte Hing erklärte sich für nicht schuldig. Er sei bei dem Geständnis der Heinrich dabei gewesen und habe den Eindruck gehabt, daß die Heinrich die volle Wahrheit sagte und sich nach dem Geständnis sichtlich erleichtert fühlte. Er glaube nicht, daß die Heinrich nur gelobt habe, damit das Verlöbniß nicht juristisch. Von dem intimen Verkehr habe er nichts gewußt und von einer Freiheitsberaubung könne keine Rede sein, da die Heinrich jeden Augenblick das Hotel hätte verlassen können. Im übrigen habe man ihm jetzt Brieflich mitgeteilt, daß der Schlosser Schulz gesehen worden sei, und daß er von seiner Braut in Mummelsburg in Konjunktur viel erzählt habe.

In der Zeugenvernehmung befandete ein Dienstmädchen, das jetzt noch bei Niemanns in Stellung ist, daß das Verhalten der Heinrich beim Tode des Ernst Niemann höchst merkwürdig war. Obwohl sie längst wußte, daß der junge Niemann tot war, habe sie einem Bekannten am Telefon erzählt, er schlafe auf dem Sofa. Von einem Liebhaber der Heinrich hat diese Zeugin nie etwas gesehen.

Zeuge Polizeikommissar Krenmer vom Polizeipräsidium Charlottenburg legte dar, weshalb die Kriminalpolizei einen Selbstmord angenommen hat. Er gibt auf Befragen des Verteidigers Dr. Alsbach an, daß die Polizei sich allerdings in solchen Annahmen auch schon getäuscht hat.

Polizeikommissar Krenmer wird auch als Sachverständiger benannt und bekräftigt dem Verteidiger Dr. Alsbach, daß die Detektive

keine besondere Vorbildung

zu haben brauchen und daß sich sehr zweifelhaftes Elemente unter ihnen befinden, sogar Leute, die mit Zuchthaus vorbestraft sind. Die Polizei werde ja auch manchmal eine List an, um etwas herauszubekommen, aber eine gewisse Grenze dürfe nicht überschritten werden und ein Beamter, der das täte, was der Angeklagte getan hat, würde sofort entlassen werden.

Der Verteidiger Dr. Alsbach bestritt das unter Hinweis auf vorgekommene

Verfahrungen von Beamten der Sittenpolizei,

die trotzdem nicht entlassen worden seien.

Es folgt die Vernehmung der Mitglieder der Familie Niemann, zunächst des Paul Niemann, des nächstältesten Bruders des verstorbenen Ernst Niemann. Er ist der festen Ueberzeugung, daß sein Bruder nicht durch Selbstmord geendet hat. Dafür liege nicht der geringste Grund vor. Sein Bruder sei sehr lebensfroh gewesen und habe bis zum letzten Tage seine Schularbeiten exakt gemacht. Er war bis unmittelbar vor seinem Tode sehr vergnügt und dachte gar nicht an Selbstmord (der Zeuge bricht in Weinen aus).

kommen, der zu einer Uebung eingezogen war und den am meisten mißhandelten Soldaten Kleinm von der 4. Kompagnie oft weinend und mit Spuren von Mißhandlungen in Gesicht antraf. Die Untersuchung führte mannigfache Mißhandlungen zutage, die der allgemein als beschränkt geachtete Soldat Kleinm und verschiedene andere Soldaten haben erdulden müssen. Dem Soldaten Mahe hat der Angeklagte beim Turnunterricht Fußtritt versetzt. Wenn Soldaten seiner Korporalschaft schlecht geschossen oder sonst Anlaß zu Ausstellungen gegeben hatten, bearbeitete er sie so kräftig mit Faustschlägen, daß sie taumelten oder hinfielen. Einige Soldaten hatten infolge dieser Mißhandlungen stundenlang Beschwerden.

Während des Dienstes wurden die Untergebenen ferner in unzähligen Fällen auf die Zehen getreten und mit dem Gewehrkolben auf die Fußspitzen gestoßen. Als nach Ansicht des Unteroffiziers einmal zwei Soldaten schlechte Gewehrgriffe machten, schlug er sie so heftig mit den Knöpfen zusammen, daß ein Mann starkes Nasenbluten bekam. Der Soldat Alenun ist ins Gesicht geschlagen, am Ohr gezogen und „blödes Gesicht“ genannt worden. Schließlich mußte ein Soldat auf Befehl des Beamten auf einen Schrank klettern, oben längere Zeit kauern und singen: „Oom Himmel hoch, da komm ich her“, während ein anderer Soldat auf dem Fußboden vor dem Schrank knien und singen mußte: „Aus tiefer Not schrei ich zu dir!“ Während ihrer Aushäufungen mußten die Soldaten endlich Stube und Abort scheuern. Das Oberzugsgericht hielt es im Interesse der Disziplin für nicht angebracht, einen wegen umfangreicher Rohheitsbehalte bestraften Unteroffizier im Vorgelegtenverhältnis zu belassen, und verurteilte den Angeklagten zusätzlich zu der bereits erkannten Freiheitsstrafe zur Degradation.

Ein neuer Giftmörder Hofp.

Eine geheimnisvolle Giftmord-Affäre, die zwischen Wien, Leipzig und Amsterdam spielt, hält gegenwärtig die Kriminalpolizei der genannten drei Großstädte in Atem. Es handelt sich bei vorläufigen Feststellungen nach, um einen dreifachen Giftmordversuch, der von dem Beschuldigten an der eigenen Mutter und zwei Geschwister verübt wurde. Unter dieser furchtbaren Anklage sitzt zurzeit im Amsterdamer Untersuchungsgefängnis der Kaufmann Hermann W y n g h o o f t, der einer sehr angesehenen und wohlhabenden holländischen Familie entstammt.

Auch der älteste Bruder Hans Niemann hält einen Selbstmord für ausgeschlossen. Kurz vor seinem Tode habe sein Bruder noch seine Mathematikerarbeiten für zwei Tage im voraus gemacht und auch sein Direktor glaube nicht an einen Selbstmord. Der Zeuge war dabei, als die Heinrich vor dem Bürgermeister und der Polizei in Mummelsburg das Geständnis ablegte und hatte den Eindruck, daß es der Wahrheit entsprach.

Zeuge Kaufmann Willi Wolff, ein Schwager der Brüder Niemanns, hat die Verhandlungen mit Schwarz geführt. Er habe auf dessen Redereien, er stehe mit der Polizei in Verbindung und habe großzügige Beziehungen, gar nichts gegeben und läßt sich daher auch nicht einschüchtern. Wenn ein Mann sich drei Monate in einem Hotel als wohlhabender Mann aufhalten muß, braucht er soviel Geld. Staatsanwalt: Nach dieser Aussage legt er auf die Anklage wegen Betruges kein Gewicht mehr.

Hierauf wird unter allgemeiner Spannung Elisabeth Heinrich als Zeugin aufgerufen. Ein Antrag des Staatsanwalts auf Ausschluß der Öffentlichkeit wird abgelehnt. Die Zeugin schildert das Zustandekommen des Verlöbnisses mit dem Angeklagten ebenso wie dieser selbst, sie sei sehr froh gewesen über dieses Verlöbniß mit einem reichen Mann und ihre Freundinnen hätten schon mit Neid auf sie geblickt. Sie schildert weiter den Vorfall, wie der Angeklagte immer heftiger auf sie einredete, sie möge doch die Wahrheit sagen, es würde niemand etwas erfahren. In dieser Nacht sei sie auch beim Angeklagten geblieben, da auch der Oberleutnant sagte, es würde niemand etwas merken. Das Geständnis sei

eine Lüge von ihr gewesen.

Aber sie habe doch den Mann gar zu gern heiraten wollen. Den jungen Niemann habe sie im Salon an der Türschwelle erhängt aufgefunden, als sie ihm eine Besichtigung ausführen wollte und sie sei so erschrocken gewesen, daß sie nicht um Hilfe hätte rufen können. Ob der junge Niemann Anlaß zum Selbstmord hatte, könne sie nicht angeben. Nach der Freiheitsberaubung befragt, muß die Zeugin zugeben, daß sie hätte schreien können, wenn sie gewollt hätte, und daß der Schlüssel in der Haustür gesteckt hätte. Daran läßt der Staatsanwalt auch in diesem Punkt die Anklage fallen.

Als der weiteren Zeugenvernehmung ist noch hervorzuhoben, daß ein Postbote angibt, der Angeklagte habe ihn ersucht, die Briefsperrung über die Heinrich zu verhängen, was er aber abgelehnt habe.

Die Zeugin Heinrich wird vereidigt, und hält ihre Aussage aufrecht, nachdem der Vorsitzende eine überaus eindringliche Mahnung an sie gerichtet hat.

Staatsanwalt Kochen meint, durch die Verhandlung sei aufgestellt, daß nur ein Selbstmord vorliegen könne, namentlich die Verführung der Heinrich sei furchtbar verwerflich. Er beantragt gegen Schwarz wegen Verleumdung und Annahme eines öffentlichen Amtes eine Gefängnisstrafe von einem Jahr 6 Monat, gegen Hing drei Wochen Gefängnis.

Verteidiger Dr. Alsbach meint, daß Schwarz eben überzeugt war, die Heinrich sei Mitwisserin eines Mordes und, um diese Wahrheit festzustellen, habe er zu der an sich verwerflichen List gegriffen. Wenn sich aber wirklich herausgestellt hätte, daß die Heinrich an dem Morde beteiligt war, so hätte sich Schwarz sicher unter die schützenden Fittiche der Staatsanwaltschaft flüchten können, ohne eine Anklage befürchten zu müssen.

Das Urteil.

In den späten Abendstunden wurde das Urteil gefällt. Es lautete auf sechs Monate Gefängnis wegen Verleumdung. Im übrigen wurde der Angeklagte freigesprochen.

Groß angelegter Darlehnschwindel.

Einen ungeheuerlichen Umfang wird ein Strafprozeß annehmen, der im nächsten Monat eine Strafkammer des Landgerichts Berlin I wohl ein Vierteljahr lang beschäftigen wird. Es handelt sich um die Aufdeckung von schwindelhaften Praktiken bei Darlehnsvermittlungen, wie sie sich leider bei vielen unglücklichen Geschäftsleuten dieses Arbeitsgebietes eingenistet haben und zu einer öffentlichen Plage geworden sind. Das schon seit Anfang Mai vorigen Jahres schwebende Strafverfahren richtet sich gegen den Kaufmann August Sübner in Berlin-Mummelsburg in seiner Eigenschaft als persönlich haftender Gesellschafter der „Kommanditgesellschaft Sparta, August Sübner“ und 31 Agenten, die im Dienste dieser Gesellschaft tätig waren. Der Hauptangeklagte Sübner steht unter der Anklage des Betruges in zahlreichen Fällen, des verübten Betruges, der verübten Missetat und der wissentlich falschen Anknüpfung; die Agenten sind der Beihilfe und der Begünstigung beschuldigt. Die „Sparta“, welche von der Staatsanwaltschaft als eine Schwindelerellschaft und betrügerisches Darlehnsvermittlungsgesellschaft

Aus aller Welt.

Das Bootsunglück bei Köpenick.

Glücklicherweise ist nach den neuesten amtlichen Feststellungen die Anzahl der Opfer nicht so groß, wie in der ersten Verwirrung und bei der Dunkelheit verlautete. Die Zahl der Toten beträgt acht. Am Mittwoch morgen glaubte man noch, daß weit mehr Menschen ihr Leben eingebüßt hätten. Die anfänglich ertrunken geglaubten Frauen Luth aus Köpenick und Frau Wagner aus Friedrichshagen sind gerettet worden. Die

Liste der Toten

verzeichnet jetzt folgende Namen:

- 1. Frä. Erna Diez aus Köpenick, 2. Frau Steinhäusen aus Friedrichshagen, 3. Frä. Maria Gildenpennig aus Köpenick, 4. Frä. Elie Ruckinat aus Köpenick, 5. Bootsführer Friß Giersch, Köpenick, 6. und 7. Geschwister Hansche, Köpenick, 8. Frä. Heidebrecher, Köpenick.

Die Schuldfrage.

Der Kapitän des Schleppdampfers, Max Volgenhagen und der 19jährige Bootsmann Karl Valentin, dem der Kapitän trotz seiner Jugend und obgleich er erst zehn Wochen auf dem Schleppdampfer beschäftigt war, das Steuer anvertraut hatte, befinden sich noch immer in Haft. Sie bleiben dabei, daß sie an dem Unglück nicht schuldig seien. Ihren Aussagen stehen aber die Befundungen der Gereiteten und einiger anderer Augenzeugen gegenüber, die alle übereinstimmend behaupten, daß es die beiden Beschäftigten unbedingt an der nötigen Sorgfalt und Aufmerksamkeit hatten fehlen lassen.

Welche Lust Soldat zu sein!

Soldatenmißhandlungen beim 3. Infanterie-Regiment Nr. 102 in Bittau beschäftigten am Dienstag das Oberkriegsgericht zu Dresden als Berufungsinstanz. Es wird der „B. B.“ darüber geschrieben:

Wegen Mißhandlung, vorschriftswidriger Behandlung Untergebener, Annäherung von Befehls- und Strafbefugnissen in zusammen 27 Fällen hatte das Kriegsgericht der 3. Division, Nr. 32, am 25. Februar d. Js. zu Bauen den 23jährigen Unteroffizier Johannes Vaul Horn, zu sieben Monaten Gefängnis verurteilt, von der beantragten Degradation aber abgesehen, weshalb vom Gerichtsherrn Berufung eingelegt worden war. Die Mißhandlungen sind erst im Sommer vorigen Jahres durch einen Referenten ans Tageslicht ge-

Häbner hatte im Jahre 1905 schon eine „Internationale Finanz- und Spargesellschaft“ gegründet, die sich mit Darlehensvermittlungen und Verwertung von Löss beschäftigt. Im Jahre 1907 ist er wegen Betruges, wobei er sich um 400 Eingekassierte handelte, in Hannover zu 1 Jahr Gefängnis verurteilt. Kurze Zeit nach Verblühen dieser Strafe gründete er in Hannover die „Sparta“ als „Nationales Rabat-Sparsystem, Gesellschaft mit zehnjähriger Dauer“ und siedelte sich im Jahre 1911 nach Berlin über. Die „Sparta“ beschäftigt sich laut Prospekt in verschiedenen Abteilungen mit „Darlehensvermittlungen“, „Finanzierung von Patenten im In- und Ausland“, „Auslastungsberechnung jeder Art über Firmen und Personen“ und „Finanzierung von Hypotheken“. Nach den Ermittlungen der Untersuchungsbehörde bestand das Darlehensgeschäft in der Hauptsache in der Annahme von Leuten, die Geld suchen, als „Abonnenten“ oder Mitglieder, die 2 bis 8 Jahre lang einen Betrag von 10 bis 15 Mark zu zahlen hatten, wozu sie sich durch Unterschüttelung einer Beitragsverpflichtung verpflichteten. Dafür erhielten sie eine Abonnements-Mitgliedskarte zugehört; wenn sie fünf und drei Jahre lang gezahlt hatten und einziehen, das sie geprellt waren, da jede Gegenleistung ausblieb, wogegen sie sich nicht zu zahlen, hatten dann aber die Rechnung ohne Herrn Häbner gemacht, denn wenn sie nicht rechtzeitig gekündigt hatten, glaubte Herr Häbner, daß sie in alle Ewigkeit Mitglieder bleiben würden und strengte Klagen über Klagen an. Im Zeitraum von 1 1/2 Jahren sollen etwa 980 Prozesse dieser Art die Gerichte belästigt haben. Die Staatsanwaltschaft in der Tätigkeit der „Sparta“ in ihren einzelnen Abteilungen gründlich auf den Leib gegangen, um den Schwindel, der nach ihrer Überzeugung vorliegt, voll aufzudecken.

Die gedruckte Auflage, die Staatsanwalt Dr. Gutjahr verfaßt hat, umfaßt 480 Seiten in Großquartformat; die Zahl der Zeugen beträgt etwa 1500, die sich aus den verschiedensten Städten und anderen Ortschaften ganz Deutschlands rekrutieren. Die Verhandlung wird etwa ein Vierteljahr dauern; vorläufig sind Sitzungen vom 14. April bis zum Beginn der Gerichtsfesttage in Aussicht genommen.

Gewerkschaftliches.

Deutscher Zimmerer-Verband. In unserem Bericht von der Mitgliederversammlung hat sich in der Resolution ein fundamentaler Fehler eingeschlichen. Es heißt die Spaltung der Zimmerer im Jahre 1903 hat für sie Verschlechterungen gebracht, nicht die Beseitigung.

Deutscher Regiarbeiter-Verband. Am Sonntag, den 2. März, fanden die Wahlen der Delegierten zur Verbandsgeneralversammlung statt. Die Filialen Breslau und Neunadl O.S. hatten gemeinsam einen Delegierten zu wählen. Die Wahl fiel auf den Kollegen Gütler (Breslau). Es beteiligten sich in der Filiale Breslau rund 64 Prozent und in der Filiale Neunadl rund 45 Prozent der Mitglieder an der Wahl. Die Wahlen in den Körperschaften der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter finden immer an einem Sonntage statt. Da hätte jedes Mitglied doch soviel Zeit, seine Stimme abzugeben. Sonntag, den 5. April, sind die Wahlen der Delegierten zum Internationalen Regiarbeiter- und Gewerkschaftskongress. Sie werden wieder in denselben Lokalen wie bei der Wahl zur Verbandsgeneralversammlung abgehalten. Wir bitten um rege Beteiligung der Mitglieder.

Die Verwaltung der Ortsgruppe Breslau.

Deutsches Reich und Ausland.

Kommunale Unterstützung für ausgeperrte Arbeiter. Die Gemeindevorstellung von Grenchen in der Schweiz, wo seit Wochen 2000 Uhrarbeiter ausgeperrt sind, hat am Sonntag in geheimer Abstimmung mit 651 gegen 121 Stimmen beschlossen, drei in Grenchen wohnenden Familien der Ausgeperrten für die vorläufige Dauer von vier Wochen eine wöchentliche Unterstützung von im Maximum 3000 Fr. in Natura zu gewähren. Zur Ausführung des Beschlusses wurde gleichzeitig eine fünf-köpfige Kommission gewählt.

Der Beschluß ist ein ehrenvolles Zeugnis für die Gemeinde Grenchen, umso mehr, als sie sich von ihm nicht durch die fanatischen Beherrschten und Drohungen der kapitalistischen und arbeitereindlichen Presse abhalten ließ.

Die Arbeiter sich selber zusammen. Der deutsche Arbeiterverband für das Baugewerbe, der sich mit 30 Bezirks-, Landes- und Provinzialverbänden sowie 11 unmittelbarer angegliederten Ortsverbänden über das ganze Deutsche Reich erstreckt und auch den Seiband- und Arbeiterverband für Deutschland mit umfaßt, beschloß auf der in Eisenach unter dem Vorsitz von Architekt Behrens (Hannover) tagenden Generalversammlung gestern einstimmig den Beitritt zur Vereinigung der deutschen Arbeiterverbände. Durch den Beitritt dieses Verbandes, dessen Mitglieder rund 250 000 Arbeiter beschäftigen, erhöht die Zentralorganisation der deutschen Arbeitgeberverbände eine weitere bedeutende Stärkung.

Ein bedeutender französischer Dichter gestorben.

Der auch in Deutschland bekannte provençalische Dichter Frederic Mistral ist im Alter von 68 Jahren auf seiner Besitzung Maillane bei Arles an den Folgen einer Infektion gestorben.

Mit dem Tode Mistrals erleidet die moderne französische Literatur einen großen Verlust, denn er gehörte zu den größten französischen Dichtern der neueren Zeit. Ihm ist es zu danken, daß der provençalische Dialekt, die Sprache der Troubadours, wieder literarischen Klang gewonnen hat. Neben seinen Dichtungen widmete er sich auch provençalischen Sprachbüchern, deren Ergebnisse er in dem „Tresor du Felibrigé“, dem letzten Wörterbuch des Neoprovençalischen, niederschrieb. Seine größte dichterische Schöpfung ist das Drama „Mirèio“, das als Oper „Mirèio“ mit der Musik von Gounod in Frankreich sehr populär geworden ist. Mistral, der in Arles die Rechte liebte, ist während seines Lebens nie über die Grenzen seiner Heimat hinausgekommen. Nur das literarische Frankreich bedeutet sein Tod einen nationalen Trauertag.

Die Lieblinge der Unternehmer unter sich.

In der Nacht zum Sonntag haben ausländische Arbeiter schwere Exzesse in Burgau bei Jena begangen. Ueber die Ausschreitungen wird noch des näheren berichtet. Gegen Mitternacht drangen eine große Anzahl kroatischer und galizischer Arbeiter, die bei den Erweiterungsarbeiten an der Weimar-Jenauer Bahnstrecke beschäftigt waren, in die hiesige Gärtnerei in Burgau ein, griffen dort die Gäste an und verwüsteten, als ihnen der Wirt kein Bier mehr verabreichte, das Lokal schließlich gerieten sie untereinander in Streit; einer wurde durch einen Revolvererschuß und Messerstiche getötet, andere auf ähnliche Weise mehr oder minder schwer verletzt. Der Wirt hatte sich schließlich nicht anders helfen können als daß er Schreckschüsse aus einer Pistole abfeuerte. Gendarmen und Schutzmänner aus Jena eilten im Auto herbei und nahmen sieben der Hauptbeteiligten fest; zwei weitere wurden später in dem Augenblick verhaftet, als sie mit dem D. R. G. abfahren und flüchten wollten. Sonntag früh erhielten am Lande eine Gerichtskommission, um den Tatbestand aufzuklären. Die Schwerverletzten wurden nach Jena in die Klinik gebracht.

Posten zu sein. Nur eine starke Organisation schützt sie vor den organisierten Unternehmern.

Arbeiterbewegung der Berliner Maschinenmacher. Die Arbeiter hatten Forderungen eingereicht, wonach sie verlangten: Verkürzung der täglichen Arbeitszeit um eine halbe Stunde, Ferien, Neueinleitung der Bezahlung von Extrarbeiten und Erhöhung des Grundlohnes. Die Unternehmer bewilligten: 25 bzw. 50 Pfennig Aufbesserung des Grundlohnes, auf einige wenige Extrarbeiten etwas höhere Bezahlung, jedoch nur, falls vorher in eine fünfjährige Vertragsdauer gewilligt würde. — Eine überaus stark besuchte Versammlung lehnte dieses Angebot ab. Ferner wurde einem Antrag einstimmig, die Verhandlungen nicht über den 1. April hinaus zu führen.

Arbeiterbewegung in England. Entsprechend den Beschlüssen des letzten englischen Gewerkschaftskongresses veranstaltete das parlamentarische Komitee zurzeit eine Erhebung über die Geltungsdauer und Ablauftermine der kollektiven Arbeitsverträge. Es ist beabsichtigt, auf einheitliche Ablauftermine hinzuwirken, um leichter gemeinsame große Bewegungen einleiten zu können. Ferner soll eine Bewegung zugunsten einer allgemeinen Lohnerhöhung von 5 Mt. pro Woche in allen Berufen eingeleitet und durch die Umfrage festgestellt werden, ob die Gewerkschaften geneigt sind, den 1. Mai zu einem allgemeinen Arbeiter-Feiertag zu erklären.

In der englischen Gewerkschaft Northamptonshire reichten über 1000 Arbeiter in 11 Schuhfabriken die Klage ein, weil die Unternehmer einen Minimallohn in gleicher Höhe wie in anderen Bezirken absichteten.

Drohende Lohnbewegung der Neapolitaner Eisenbahnarbeiter. Die neapolitanischen Eisenbahnarbeiter haben Forderungen aufgestellt. Sollte die Regierung diese Forderungen nicht bewilligen, so haben die Arbeiter beschlossen, am 15. April in den Streik einzutreten.

Schlesien und Posen.

Weitere Gemeindevahlfolge.

In Sülzinek, Kreis Strehlen, wurde in der dritten Abteilung Genosse Keger mit 87 Stimmen gewählt. Die Gegner brachten es auf 20 Stimmen. In der zweiten Abteilung konnten die Gegner nur noch nach großer Anstrengung siegen.

In Gollschau, Kreis Nampisch, wurde zum ersten Male zur Gemeindevahl gewählt und von unseren Genossen gleich ganze Arbeit gemacht, indem sie von den neun zu vergebenden Mandaten fünf in ihren Besitz brachten und damit die Mehrheit im Gemeindepalament haben. Gewählt wurden in der dritten Abteilung alle drei Kandidaten der Arbeiter, in der zweiten und ersten Abteilung je einer. — Bravo!

In Eichberg a. B. regte in der dritten Abteilung Genosse Reinhold Bernh. In der zweiten Abteilung war Stimmengleichheit, je 2 Stimmen, jedoch entschied das Los nicht sofort, sondern es wurde Stichwahl angelegt. Der Zufall wollte es, daß wieder Stimmengleichheit, je 3 Stimmen, war. Das Los entschied zu unseren Gunsten, der Herr Ober Schmidt wurde gewählt.

Reula. In der Ergänzungswahl zur Gemeindevahl wurde ein von uns vorgeschlagener Genosse in der dritten Klasse mit 49 gegen 2 Stimmen, ein weiterer in der zweiten mit 18 gegen 8 Stimmen und in der ersten ein bisheriger Vertreter wiedergewählt.

Mengelsdorf. Unsere beiden Kandidaten der dritten Abteilung erhielten doppelt so viel Stimmen als die aufgestellten Gegenkandidaten.

Nieder-Prauske bei Niesky. In der dritten Klasse siegte Genosse Artur Seraf mit 35 Stimmen. Auf den bürgerlichen Kandidaten stießen 30 Stimmen.

Weiter so arbeiten! riefen wir gestern unseren Genossen zu, die noch zu wählen haben. Heute wiederholen wir die Aufforderung.

Schweidnitz, 26. März. Die tüchtigsten aus ihrem „Fach“. Unter großem Andrang des Publikums und Ausfüllung eines großen Zugenapparates verhandelte die hiesige Strafammer am Dienstag gegen den in allen Teilen Deutschlands berühmten Ein- und Ausbrecher Monteur Ludwig Twardy aus Duisburg und seine Komplizen, den Handlungsgehilfen Hermann Lufas aus Essen und den Arbeiter Robert Reichelt aus Chemnitz. Die drei hatten hier in der Nacht zum 12. Oktober 1912 eine größere Anzahl Geschäfte auf dem Ring heimgeführt und aus ihnen mitgenommen, was ihnen wertvoll

berichtet, der einen Düsseldorfener Schüler betrifft. Der Knabe war seit sechs Jahren in Paderborn auf der mit einem Internat verbundenen katholischen Realschule und hatte neben den schriftlichen Teil der Einjährigenprüfung mit „gut“ bestanden. Am Dienstag erhielten, wie die „Düsseldorfer Zeitung“ meldet, die Eltern in Düsseldorf folgendes Telegramm des Schulleiters: „Schweren Vergehens wegen muß J. morgen heimkehren. Soll er allein kommen oder geholt werden?“ Die entsetzte Mutter machte sich sofort auf die Fahrt nach Paderborn und erhielt an Ort und Stelle einen ihrem Jungen abgeforderten Bettel aufgestellt, der folgenden Inhalt hat: „Ich habe während der heiligen Messe meinem Hintermann ein Stück Kates gezeigt, es dann gegessen und bin dann zur heiligen Kommunion gegangen.“ Dem Jungen war natürlich kein Regen zu geworben, und so hatte er sich gegen das kirchliche Verbot vergangen. Die Mutter äußerte zu dem Kaplan, der ihr die Mitteilung von dem „schweren Vergehen“ machte, sie habe nach dem Telegramm geglaubt, ihr Knabe habe einen Mord oder sonst ein Verbrechen begangen, worauf sie der geistliche Herr beehrte, Mord wäre nicht so schlimm wie das, was der Junge getan habe. — Die Eltern haben bei dem westfälischen Provinzialkollegium gegen diese eigenartige Pädagogik Beschwerde erhoben.

Schweres Bootunglück auf der Donau.

Bei Semlin (Süd-Ungarn) hat sich auf der Donau unweit Kladowa am Dienstag ein schweres Bootunglück ereignet, dem sechs Menschenleben zum Opfer gefallen sind. Ein Boot, in dem sich 15 Arbeiter befanden, wollte die Donau überqueren, kippte jedoch infolge des hohen Wellenganges um und sämtliche Insassen stürzten ins Wasser. Trotz der sofort eingeleiteten Rettungsarbeiten der in der Nähe befindlichen Dampfer und Boote konnten nur neun Personen gerettet werden. Sechs fanden den Tod in den Fluten.

Orlan in Südwest-Rußland.

Ueber Südwest-Rußland ist am Dienstag ein furchtbares Orkan hinweggegangen, der von Schnee und Regen begleitet war. Es wurden Bäume entwurzelt, und in den Dörfern wurden große Vermüstungen angerichtet. Auf dem Dniepr bei Kiew sind zahlreiche Barken gesunken und sieben Personen sind ertrunken; vierzig wurden gerettet. Auf dem flachen Lande sind gleichfalls viele Menschen um's Leben gekommen.

Aus Gzarnodar (Rußland) wird gemeldet: Es wurde festgestellt, daß während des letzten Lawetters 300 Menschen ums Leben gekommen sind. Der Schaden beläuft sich auf ungefähr eine Million Rubel.

Zusammenstoß zweier deutscher Torpedoboote.

In den Gewässern bei Helgoland wurde das Sph-Torpedoboot 193 während einer nächtlichen Übung vom Torpedoboot 108 gerammt und über der Wasseroberfläche aufgezogen. Es hat am Steuerbord drei Männer und ein am Hinterbord-Deckbord. Das beschädigte Boot geht nach Kiel ins Dock. Nähere Einzelheiten über den Unfall sind noch nicht bekannt, doch ist, wie es scheint, niemand von der Besatzung umgekommen.

„Schlimmer als ein Mord.“ Von der Ungeschicklichkeit einer gewöhnlichen Art von Schulleitungen wird uns ein bezeichnender Fall

berichten, während die Hinterlist bewacht wurde, und den Boden eingang aus. Da die Schwerkörper nur in den ersten Stufen verkehren und im Automobil zu reifen pflegten, entliefen sie aus allen Orten ihrer Wirklichkeit: Breslau, Glogau, Frankfurt, Hannover, Düsseldorf, Berlin, Dresden, Barmberg usw., und die Diebstähle in Schweidnitz waren auch wohl eingeführt geblieben, hätte nicht Lukas bei seiner Verhaftung in Barmen einen Krager mit dem Stempel der Schweidnitzer Wälschirma getragen. Am Sonnabend hatte Twardy, der hier in der sichersten Zelle, der „Mörderzelle“, untergebracht ist, wieder einen Ausbruch versucht, der jedoch rechtzeitig vereitelt werden konnte. Den Angeklagten konnten die Strafaten nachgewiesen werden. Der Barmener Kriminalkommissar Schöroth hat ihre Spur über Breslau, Glogau und Frankfurt a. O. verfolgt. Das Gericht erkannte gegen Twardy auf acht Jahre Zuchthaus, gegen die beiden anderen Angeklagten auf je sechs Jahre Zuchthaus, für jeden ferner auf zehn Jahre Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht. Demnach haben sich zu verurteilen: Twardy und Lukas je 16 Jahre Zuchthaus als Maximalstrafe und Reichelt 13 Jahre Zuchthaus. — Twardy verteidigte sich sehr energisch und geschickt und wiederholt gestattete sich die Verhandlung äußerst aufregend, da zwischen diesem Angeklagten und dem Vorsitzenden sich erneut scharfe Auseinandersetzungen abspielten. Da Twardy in seiner Verteidigung nach Ansicht des Vorsitzenden zu weit ging, so ordnete dieser die Festsetzung des Angeklagten an, und als dieser hierauf tobte und Schreie warbe er mit Gewalt aus dem Saale entfernt. Dessen Vorgang ging eine heillosen Szene voran. Als der Vorsitzende die Anhebung des unterworfenen und häufig gebauten Angeklagten anordnete, meinte dieser, zum Vorsitzenden geendet: „Wie aber, wenn ich mich nicht fesseln lasse!“ Tatsächlich setzte er den Bemühungen der Polizei- und Gefängnisbeamten, die ihm die Fesseln anlegen wollten, den heftigsten Widerstand entgegen. Nicht weniger als fünf Beamte drangen auf ihn in der Anklagebank sitzenden Angeklagten ein, der die Beamten verhöhnte und ihrer spottete, als ihnen die Festsetzung nicht gleich gelang. Schließlich lag Twardy der Hebermacht und nun riefte er die erblichsten Insulten gegen den Gerichtshof. Erst als der Angeklagte hinausgeschafft worden war, trat Ruhe ein.

— Angehende Vaterlandsverteidiger. Im benachbarten Bögendorf kam es in der Nacht zum Dienstag zu einer blutigen Schlägerei unter den zum Militär ausgehobenen Bürgern. Der 25-jährige Schwäger Richard Wolf erhielt sechs tiefe Messerwunden in den Rücken, so daß er in lebensgefährlichem Zustande in das hiesige Krankenhaus gebracht werden mußte. In seinem Aufkommen wird gezweifelt.

Weißstein, 26. März. Die Verfolgung des Raubmörders Dippol gestaltet sich namentlich in den Abteilungen des Grubenreviers intensiv, da alle Anzeichen dafür sprechen, daß sich der Mörder hier verborgen hält und die Befürchtung nahe liegt, daß er neue Verbrechen begeht, um zu Gelde zu kommen. Alle Bahnhöfe werden scharf überwacht und die ganze Bevölkerung unterstützt die Nachforschungen der Polizei auf das bestmögliche. Es sind verschiedentlich umfangreiche Streifzüge durch die Forsten unternommen worden, wobei die Rettung der Polizeibeamten durch zahlreiche Zivilpersonen veranlaßt wurde, doch blieb alles Nachforschen bisher vergeblich. Alle Gerichte, daß Dippol bald hier, bald dort gesehen worden sei, sind haltlos. Eine deutlichere Spur führte nach Gottesberg und ferner dürfte der Mörder identisch sein mit einem Manne, der in einer Zeitungsredaktion in Altmasser unter Verhüllung eines beabsichtigten Inzertaten-Auftrages Informationen über den Stand der Untersuchung kurz nach dem Fund der Leichenteile zu erlangen wünschte. Auf ihn wachte das erst später bekannt gegebene Signalment des Mörders auf. Die Dreifigkeit im Auftreten des Mörders wird deutlich illustriert durch die Tatsache, daß er nicht nur die Kleider des Ermordeten benützte, sondern sogar einen Mantel des Toten am Körper trug, als er bei den Eltern des Ermordeten in Neugitz vorsprach. Kurz vor Entdeckung des Mordes bewarb sich Dippol unter dem Namen seines Opfers im kulinischen Büro um Anstellung als Repprentant. Später fand man unweit der Carlshütte im Altmasser die zerrißene Invalidentarte des ermordeten Conrad und es dürfte das ein Zeichen sein, daß der Mörder alle Spuren beiseite räumte, die ihn mit dem Namen Conrad zuminnenbrachten. Jedenfalls hat er jetzt wiederum einen falschen Namen angenommen, ebenso wie er sich kurz vor Auffinden des Ermordeten auch äußerlich künstlich verändert ließ durch Abschneiden der bis dahin auffallend langen Haare und Beschaffung eines Rasierers, obwohl er nie zuvor einen solchen getragen hat.

— In die Bevölkerung ergeht die Aufforderung, die Behörden bei der Ermittlung und Festnahme des Täters zu unterstützen und sachdienliche Angaben der nächsten Polizeiverwaltung oder dem Staatsanwalt zu Waldenburg zu den Akten J. 241/14 mitzuteilen. Der Regierungspräsident hat eine Verordnung von 500 Mt. auf das Ergreifen des Mörders ausgesetzt. Es wurde festgestellt, daß Dippol sich Zeugnisaufschriften auf den Namen „Schreiner“ hat anfertigen lassen. Außerdem ist der Mörder aufgetreten unter dem falschen Namen „Conrad“, „Hammerling“ und „Hans Schweinitz“. Möglicherweise ist auch der Name „Dippol“ falsch. Das Sparfassenbuch von Conrad ist gesperrt worden. Der Mörder hatte davon vorher nichts abgehoben.

Das also sind die nützlichen Elemente, denen der Staat und das Unternehmertum vor den deutschen Arbeitern den Vortritt gibt.

Schweres Bootunglück auf der Donau.

Bei Semlin (Süd-Ungarn) hat sich auf der Donau unweit Kladowa am Dienstag ein schweres Bootunglück ereignet, dem sechs Menschenleben zum Opfer gefallen sind. Ein Boot, in dem sich 15 Arbeiter befanden, wollte die Donau überqueren, kippte jedoch infolge des hohen Wellenganges um und sämtliche Insassen stürzten ins Wasser. Trotz der sofort eingeleiteten Rettungsarbeiten der in der Nähe befindlichen Dampfer und Boote konnten nur neun Personen gerettet werden. Sechs fanden den Tod in den Fluten.

Orlan in Südwest-Rußland.

Ueber Südwest-Rußland ist am Dienstag ein furchtbares Orkan hinweggegangen, der von Schnee und Regen begleitet war. Es wurden Bäume entwurzelt, und in den Dörfern wurden große Vermüstungen angerichtet. Auf dem Dniepr bei Kiew sind zahlreiche Barken gesunken und sieben Personen sind ertrunken; vierzig wurden gerettet. Auf dem flachen Lande sind gleichfalls viele Menschen um's Leben gekommen.

Aus Gzarnodar (Rußland) wird gemeldet: Es wurde festgestellt, daß während des letzten Lawetters 300 Menschen ums Leben gekommen sind. Der Schaden beläuft sich auf ungefähr eine Million Rubel.

Zusammenstoß zweier deutscher Torpedoboote.

In den Gewässern bei Helgoland wurde das Sph-Torpedoboot 193 während einer nächtlichen Übung vom Torpedoboot 108 gerammt und über der Wasseroberfläche aufgezogen. Es hat am Steuerbord drei Männer und ein am Hinterbord-Deckbord. Das beschädigte Boot geht nach Kiel ins Dock. Nähere Einzelheiten über den Unfall sind noch nicht bekannt, doch ist, wie es scheint, niemand von der Besatzung umgekommen.

„Schlimmer als ein Mord.“ Von der Ungeschicklichkeit einer gewöhnlichen Art von Schulleitungen wird uns ein bezeichnender Fall